

## **Kap.1** Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel I - Wir gestalten Niedersachsen – Ökologisch und Sozial

### **Antragstext**

#### **1 Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen!**

2 Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist die menschengemachte  
3 Klimakrise. Auch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine bestärkt viele Menschen,  
4 den Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen und dreckigen Importen von Öl,  
5 Gas und Kohle aus Menschenrechte verachtenden Regimen zu beschleunigen. Wir  
6 wollen Niedersachsen mit Erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und  
7 Energieeffizienz schnell von fossilen Importen unabhängig machen und auf den  
8 1,5-Grad-Pfad bringen. Mit einer klimaneutralen Energieversorgung gewinnen wir  
9 mehr Freiheit, Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit und werden damit unserer  
10 Verantwortung gegenüber heutigen und kommenden Generationen gerecht. Die Maßgabe  
11 für eine klimagerechte Politik ist für uns das CO<sub>2</sub>-Budget, das uns noch zur  
12 Verfügung steht und das umso schneller schrumpft, je langsamer und zögerlicher  
13 Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Wir GRÜNEN wollen die  
14 Treibhausgasemissionen in Niedersachsen so schnell wie möglich senken und  
15 Niedersachsen auf den Weg bringen, bis 2035 klimaneutral zu sein bzw. die  
16 Treibhausgasemissionen auf Netto-Null zu bringen. Denn je früher und schneller  
17 wir handeln, umso mehr Folgekosten und Fehlinvestitionen in fossile  
18 Infrastruktur vermeiden wir. Wir werden die Klima-Maßnahmen, die in unserer Hand  
19 liegen, umsetzen. Uns ist klar, dass das Ziel der Klimaneutralität ohne  
20 entsprechende begleitende Maßnahmen auf Bundes- und Europa-Ebene nicht  
21 erreichbar ist. Daher unterstützen und fordern wir auch dort Klimaentscheidungen  
22 vehement ein und begrüßen den neuen Klima-Kurs, den die Bundesregierung  
23 angekündigt hat.

24 Eine ambitionierte und klug durchgeführte Klimaschutzpolitik birgt viele Chancen  
25 für mehr Lebensqualität: saubere Luft statt Schadstoffe, günstige Energie, eine  
26 Mobilität für alle durch einen gut ausgebauten Zug, Bus-, Rad- und Fußverkehr,  
27 mehr ökologisch und regional produzierte Lebensmittel, eine tierschutzgerechtere  
28 und umweltbewusste Landwirtschaft sowie faire Einkommen für Landwirt\*innen und  
29 die direkte Teilhabe von Bürger\*innen an der Energiewende statt Gewinne einiger  
30 weniger fossiler Großkonzerne sind dabei nur einige Punkte. Klimaschutz ist so  
31 viel mehr als reine Technik, er ist die Voraussetzung für ein gesundes Leben auf  
32 einer gesunden Erde. Gerade für Niedersachsen als windreiches Küstenland bietet  
33 die Energiewende darüber hinaus viele Standortvorteile für die lokale  
34 Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die wir heben wollen. Wir machen  
35 Niedersachsen zum Klimaschutzland Nummer eins und wollen auch in der Wirtschaft  
36 bei den Arbeitsplätzen bei Wind, Sonne, Wärmepumpen und Energieeffizienz  
37 ökologisch und sozial führend sein. Dazu gehört auch eine Fachkräfteoffensive.

38 Die Klimaziele sind durch die letzten Jahre der Klima-Verweigerung der SPD-CDU-  
39 Landesregierung sowie einer 16 Jahren CDU-geführten Bundesregierung extrem  
40 schwer zu erreichen. Weil CDU und SPD in den letzten Jahren die Energiewende und  
41 den Klimaschutz blockiert haben, müssen wir die nötigen Maßnahmen jetzt noch  
42 ambitionierter umsetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Klimaschutz massiv  
43 den Rücken gestärkt. In seiner Begründung macht es in seiner historischen Klima-  
44 Entscheidung klar, dass Politik gerade auch mit Blick auf die  
45 Generationengerechtigkeit endlich angemessen handeln muss. Wir stellen uns  
46 dieser Herausforderung. Denn jeder Monat des Nichthandelns wird zu umso größeren  
47 Anstrengungen in der Zukunft führen.

#### 48 **Ambitioniertes Klimagesetz für Niedersachsen**

49 Die Klimaziele im niedersächsischen Klimagesetz passen wir an die aktuellen  
50 wissenschaftlichen Erkenntnisse und den 1,5-Grad-Pfad der Pariser Klimaziele an.  
51 Bis 2030 ist unser Ziel, die Treibhausgasemissionen um mindestens 80% im  
52 Vergleich zu 1990 zu reduzieren, um bis 2035 die Netto-Null-Emissionen in  
53 Niedersachsen zu erreichen. Dazu werden wir auch konkrete, nachprüfbare,  
54 jährliche Zwischenziele und Klimamaßnahmen für alle Sektoren wie der  
55 Energiewirtschaft, der Industrie, dem Verkehr, dem Gebäudebereich, der Land- und  
56 Forstwirtschaft sowie der Kreislauf- bzw. Abfallwirtschaft aufstellen. Mit einer  
57 jährlichen, öffentlichen Klimabilanz etablieren wir ein nachprüfbares  
58 Treibhausgas-Monitoring. Die Klimaziele und Zwischenschritte koppeln wir an das  
59 CO<sub>2</sub>-Restbudget. Denn für den Klimaschutz sind nicht bloße Jahreszahlen, sondern  
60 die real entstandenen Treibhausgasemissionen entscheidend. Je langsamer jetzt  
61 die Reduktion der Klimaemissionen vorangeht, desto weniger CO<sub>2</sub>-Budget steht uns  
62 später zur Verfügung und desto schneller müssen wir in ein paar Jahren  
63 klimaneutral werden. Wir packen Klimaschutz daher jetzt an, anstatt ihn in die  
64 Zukunft zu vertagen.

65 Die Landesverwaltung soll vorangehen und möglichst bis 2030 klimaneutral werden.  
66 Dazu beschleunigen wir die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude und  
67 stellen auf klimafreundliche Beschaffung um. Auch die Stromproduktion in  
68 Niedersachsen wollen wir bis 2030 möglichst vollständig auf Erneuerbare Energien  
69 umstellen. Bis 2035 wollen wir den klimaneutralen Umbau der Wärmeversorgung,  
70 Mobilität und Industrie so weit vorantreiben, sodass die Energieversorgung 100%  
71 erneuerbar ist. Wir setzen ehrgeizige Ziele für die Dekarbonisierung der  
72 Industrie. Damit stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen  
73 angesichts zukünftig erwartbarer hoher CO<sub>2</sub>-Preise weltweit. Alle Klimaziele und  
74 die nötigen konkreten Maßnahmen verankern wir auch im Landesklimagesetz.

#### 75 **Mit Klimavorbehalt und Klimacheck Entscheidungen klimasicher machen**

76 Als Erstes werden wir unser Klimaschutz-Sofortprogramm mit konkreten Maßnahmen  
77 umsetzen. Nur wenn endlich alle neuen Gesetze und Verordnungen mit dem  
78 Klimaschutz vereinbar sind, sind unsere Klimaziele erreichbar. Daher schaffen  
79 wir einen wirksamen Klimavorbehalt. Durch einen Klimacheck prognostizieren wir,  
80 welche Emissionssenkung oder -erhöhung mit einer politischen Entscheidung  
81 verbunden ist. Sollten Erhöhungen prognostiziert sein, müssen zwingend  
82 Alternativen geprüft werden; das für Klimaschutz zuständige Ministerium erhält  
83 ein Veto-Recht. Außerdem führen wir Sanktionen und eine Pflicht zum Nachsteuern  
84 der Maßnahmen ein. Auch für alle bestehenden und zukünftigen Förderprogramme des  
85 Landes sowie den Landeshaushalt führen wir einen Klimacheck ein. Maßnahmen, die  
86 Umwelt- und Klimazielen entgegenlaufen, werden wir streichen und bei

87 klimarelevanten Förderungen konkrete Klimaziele sowie einen Mindestanteil an  
88 Maßnahmen, die bilanzierungsfähige CO<sub>2</sub>-Einsparungen erzielen, festschreiben. Für  
89 die öffentlichen Haushalte, die öffentliche Beschaffung, Gesetzesinitiativen und  
90 Verwaltungshandeln führen wir einen CO<sub>2</sub>-Schattenpreis nach Maßgabe des  
91 Umweltbundesamtes ein. So bilden wir die ansonsten unsichtbaren Klimakosten für  
92 Gesellschaft und Umwelt ab, stärken klimaneutrale Alternativen und schaffen eine  
93 zukunfts- und klimaverträgliche Entscheidungsgrundlage. Analog führen wir den  
94 CO<sub>2</sub>-Schattenpreis auch bei klimarelevanten Entscheidungen von landeseigenen  
95 Unternehmen ein. In Unternehmen mit Landesbeteiligung wirken wir darauf hin.

96 Wir richten einen wissenschaftlichen Klimarat ein, der die Landesregierung berät  
97 und jährlich in Form von Klimaberichten zusätzliche Maßnahmen vorschlägt. Im  
98 Rahmen des niedersächsischen Klima- und Energiewendeberichts werden konkrete  
99 Regierungsvorhaben pro Sektor definiert. Die wissenschaftlich notwendigen  
100 Maßnahmen zur Erreichung der Zwischenziele werden Grundlage des  
101 Regierungshandelns.

### 102 **Gelder aus klimaschädlichen Anlagen abziehen**

103 Auch in der Finanzpolitik treiben wir die Klimawende voran. Die  
104 Finanzanlagestrategie des Landes richten wir auf Klimaneutralität und die  
105 Nachhaltigkeitsziele der UN aus und verankern dies gesetzlich. Anlagen, die  
106 diesen Kriterien nicht entsprechen, entziehen wir die Landesgelder (Divestment)  
107 und investieren diese stattdessen in Anlagen mit positiver Wirkung für den  
108 Klimaschutz. Bei allen landeseigenen Unternehmen sowie Unternehmen, bei denen  
109 das Land bedeutender Anteilseigner ist, bringen wir dies ebenfalls voran.

### 110 **Klimaschutz in den Kommunen verankern**

111 Zur Umsetzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen braucht es auch die  
112 entsprechenden Strukturen. Daher bauen wir den Klimaschutz in der  
113 Landesverwaltung und bei den Kommunen aus. Die Kommunen sind dabei wichtige  
114 Akteurinnen für den Klimaschutz. Damit Kommunen noch besser agieren und ihre  
115 Klimaziele schneller umsetzen können, stärken wir den Klimaschutz als  
116 Pflichtaufgabe der Kommunen, die sie in eigener Zuständigkeit umsetzen.  
117 Klimaschutz ist Teil der Daseinsvorsorge und braucht eine entsprechende  
118 finanzielle Ausstattung sowie ein entsprechendes Wissen in der Verwaltung. Wir  
119 prüfen die rechtliche Umsetzbarkeit von neuen kommunalen Klimaschutzinstrumenten  
120 wie beispielsweise einer Klimaabgabe oder eines Klimabeitrags. Daneben wollen  
121 wir sicherstellen, dass auch Entschuldungskommunen genügend Spielraum haben, um  
122 wichtige Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen.

123 Klimaschutz wird vor Ort umgesetzt. Mit dem Niedersachsenfonds (vgl. Nachhaltig  
124 Haushalten) und der neuen Landesgesellschaft für Wohnen und Klima (vgl. Sozial  
125 und Ökologisch Bauen und Wohnen) wollen wir Klimaschutzanstrengungen in den  
126 Kommunen etwa bei der Gebäudesanierung finanziell unterstützen. Wir prüfen, wie  
127 es rechtlich umsetzbar ist, dass bei der Haushaltsgenehmigung durch die  
128 Kommunalaufsicht von nun an geprüft werden muss, ob Klimaschutzbelange  
129 ausreichend berücksichtigt wurden. Wir unterstützen die Kommunen dabei,  
130 regionale Energie- und Klimakonzepte zu erstellen und umzusetzen. Die ab 2022  
131 durch die Kommunen zu erstellenden Energieberichte entwickeln wir weiter zu  
132 verpflichtenden öffentlichen Klimaberichten. Diese sollen Kommunen jährlich  
133 statt alle drei Jahre erstellen und veröffentlichen. In den Berichten müssen die  
134 Kommunen neben ihren eigenen Energieverbräuchen, die örtlichen  
135 Treibhausgasemissionen sowie ihre geplanten und umgesetzten Klima-Maßnahmen samt

136 kalkulierter Emissionssenkung und Zeitplanung darlegen. So schaffen wir  
137 Transparenz bei der Berücksichtigung von Klimaschutz bei der Verkehrsplanung,  
138 bei der Sanierung öffentlicher Gebäude, bei der Quartiersentwicklung und vielem  
139 mehr. Analog zum Klimacheck auf Landesebene unterstützen wir die Kommunen unter  
140 anderem durch Musterberechnungen dabei, bei kommunalem Verwaltungshandeln und  
141 politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen und  
142 den Klimaschutz zu prüfen und zu berücksichtigen.

#### 143 **Für das Klima Planungen beschleunigen**

144 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir beim Ausbau der Erneuerbaren  
145 Energien, bei der Energieeffizienz, beim Netzausbau und vielem mehr deutlich  
146 schneller werden. Dafür sind Transparenz und eine intensive Beteiligung von  
147 Bürger\*innen und Verbänden zu Beginn von Planungen nötig und nicht erst am Ende.  
148 Für den Turbo bei der Planung brauchen wir eine bessere Informationsgrundlage  
149 etwa beim Artenschutzmonitoring, sowie personell und fachlich gut ausgestattete  
150 Planungs-, Bau- und Genehmigungsbehörden. Hinzu kommt ein stärkeres Handeln des  
151 Landes bei der Koordinierung und Bündelung von Verfahren bei einer zuständigen  
152 Behörde, die auch Ansprechpartnerin sowohl für die Antragsteller\*innen als auch  
153 für die verschiedenen Interessenvertretungen ist und aktiv Beteiligung  
154 herstellt. Für den Klima- und Artenschutz müssen Genehmigungsverfahren im  
155 öffentlichen Interesse verkürzt und so weit möglich parallel und nicht  
156 hintereinander durchgeführt werden.

#### 157 **Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen**

158 Wir gestalten Digitalisierung so, dass sie dem Klima nützt, anstatt die  
159 Klimakrise weiter anzufachen. Mit einer Green-IT-Strategie sorgen wir dafür, dass  
160 alle Digitalisierungsprogramme und -anstrengungen des Landes klimaneutral  
161 werden: von Tablets in den Schulen bis hin zur elektronischen Akte. Das gleiche  
162 gilt für die Vorhaben der Kommunen und anderer Akteure, die das Land bei der  
163 Digitalisierung unterstützt. Besonders klimaintensiv sind bislang Rechenzentren.  
164 Wir bringen den Um- und Ausbau von CO<sub>2</sub>-neutralen Rechenzentren voran, die  
165 Abwärme nutzen bzw. deren Abwärme genutzt wird und die mit erneuerbarem Strom  
166 gespeist werden. Beim Ausbau schnellen Internets setzen wir uns für  
167 Energieeinsparungen ein, indem dieser vor allem über Glasfaser und 5G erfolgt.

#### 168 **Energiewende gestalten**

##### 169 **Windenergie – das Zugpferd der Energiewende**

170 Die Windenergie ist die stärkste Kraft unter den Erneuerbaren Energien. Davon  
171 profitiert Niedersachsen als windreiches Küstenland ganz besonders. Um bis 2035  
172 klimaneutral zu werden und die Wertschöpfung vor Ort zu stärken, werden wir die  
173 Ausbauzahlen schnell und deutlich erhöhen. Wir wollen den Windkraft-Ausbau der  
174 Bundesregierung unterstützen und die Netzanbindung beschleunigen. Wir wollen die  
175 Ausbauziele der Bundesregierung auf See naturschutzverträglich umsetzen; Ziel  
176 sind mindestens 30 Gigawatt bis zum Jahr 2030, mindestens 40 Gigawatt bis zum  
177 Jahr 2035 und mindestens 70 Gigawatt bis zum Jahr 2045. An Land streben wir pro  
178 Jahr einen wachsenden Netto-Zubau der Windenergie von mindestens 1,5 Gigawatt an  
179 Leistung an.

180 Die Windenergiebranche ist vom Zickzackkurs von CDU und SPD in Bund und Land in  
181 den vergangenen Jahren schwer gebeutelt, viele Arbeitsplätze wurden durch diese  
182 desaströse Energiepolitik zerstört. Wir wollen Planungssicherheit für die  
183 Windenergiebranche schaffen, den Markt vor Ort stärken, den niedersächsischen

184 Technologievorsprung weiter ausbauen und qualifizierte, sichere Arbeitsplätze  
185 schaffen (vgl. Innovatives Niedersachsen). Dazu bauen wir bestehende Hürden ab  
186 und nutzen alle Landeshebel, um Wind-Genehmigungsverfahren im Einklang mit dem  
187 Artenschutz zu beschleunigen.

188 Um unsere Klimaziele zu erreichen, setzen wir schnellstmöglich ein landesweites  
189 Mindest-Flächenziel für die Windkraft von 2,5% der Landesfläche und landesweite  
190 Vorranggebiete im Landesraumordnungsprogramm um. Das Schlüsselloch für den  
191 Erneuerbaren-Ausbau sind neben den fehlenden ausgewiesenen Flächen die seit  
192 Jahren viel zu schleppend verlaufenden Planungs- und Genehmigungsverfahren, die  
193 wir beschleunigen werden.(vgl. Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten)

194 Durch klare Regelungen im Windenergieerlass und Artenschutzleitfaden erhöhen wir  
195 die Rechtssicherheit und vereinfachen so das Verwaltungshandeln. Darüber hinaus  
196 richten wir eine Servicestelle ein, die bei rechtlichen Fragestellungen in  
197 Planungsverfahren unterstützt. Wir vereinfachen und beschleunigen das Repowering  
198 von Altanlagen an geeigneten Standorten und setzen uns dafür ein, dass dies auch  
199 bei den oftmals gut akzeptierten Altstandorten außerhalb von Wind-  
200 Vorranggebieten erfolgen kann.

201 Windkraft und Artenschutz gehören zusammen. Denn neben der  
202 Intensivlandwirtschaft ist der größte Beschleuniger des Artensterbens die  
203 Klimakrise. Ein schneller und deutlicher Ausbau der Erneuerbaren Energien ist  
204 daher auch für den Artenschutz unerlässlich. Um auch windkraftsensible Arten zu  
205 schützen, braucht es Programme für den Artenschutz und eine bessere  
206 Artenerfassung für windsensible Vogelarten. Wir werden dazu das landesweite  
207 Artenschutzmonitoring auch zur Planungsbeschleunigung deutlich stärken, damit  
208 nicht jedes Mal erst neue Kartierungen nötig sind und die Informationen über die  
209 Vorkommen windkraftsensibler Arten von Anfang an im Rahmen der Raumplanung  
210 besser berücksichtigt werden können. Durch ein Erneuerbare-Naturschutz-Zentrum  
211 werden wir die naturverträgliche Energiewende stärken, indem lokale Konflikte  
212 zwischen dem Erneuerbaren-Ausbau und dem Arten- und Naturschutz frühzeitig  
213 erkannt und Lösungsmöglichkeiten entwickelt und unterstützt werden. Den Bau von  
214 Kleinwindenergie-anlagen ermöglichen wir generell außerhalb von Wohn- und  
215 Kurgebieten, wie es in vielen anderen Bundesländern bereits Standard ist.

#### 216 **Mit der Solarenergie-Offensive Sonnenstrom ernten**

217 Bei der Solarenergie haben wir in Niedersachsen deutlichen Nachholbedarf. Mit  
218 unserer Solarenergie-Offensive machen wir Niedersachsen fit, um Sonnenstrom zu  
219 ernten. Dächer bieten ein großartiges Potential dazu. Sie verbrauchen keine  
220 zusätzliche Fläche und sind dort, wo die Menschen leben, arbeiten und somit  
221 Energie verbrauchen. Wir wollen jede Dachfläche durch eine Photovoltaik-Anlage  
222 zu einem kleinen, dezentralen Klimaschutz-Kraftwerk machen. Dafür führen wir  
223 eine Photovoltaik-Pflicht für alle Neubauten und bei Dachsanierungen ein.  
224 Mithilfe von Pacht- und Contracting-Modellen ermöglichen wir dies für alle  
225 Hausbesitzer\*innen. Über eine Duldungspflicht können auch ungenutzte Dachflächen  
226 von Bestandsgebäuden einer solaren Nutzung zugänglich gemacht werden. Für neue  
227 Parkplätze und andere geeignete versiegelte Infrastruktur führen wir  
228 schrittweise eine Überdachungspflicht mit Photovoltaik-Modulen ein. Bei den  
229 landeseigenen Dachflächen gehen wir voran. Geeignete Dächer nutzen wir als Land  
230 entweder selbst zur solaren Stromerzeugung oder verpachten sie an  
231 Energiegenossenschaften bzw. -unternehmen. Unser Ziel ist die Nutzung aller  
232 geeigneten landeseigenen Dächer möglichst bis 2025.

233 Den Bedarf an Solarenergie können wir nicht allein über Solaranlagen auf Dächern  
234 decken. Für die Energiewende ist sowohl der Ausbau der Dachflächen-PV als auch  
235 der naturverträgliche und flächenschonende Freiflächen- und AgriPV Ausbau  
236 notwendig. Deponieflächen, Flächen an und über Landes- und Bundesstraßen,  
237 Autobahnen, Schienenwegen sowie an Industrie- und Gewerbegebieteangrenzende  
238 Flächen und Lärmschutzwände wollen wir dabei besonders schnell zur solaren  
239 Stromerzeugung nutzen. Die auf Bundesebene angekündigten Änderungen im EEG  
240 begrüßen wir und unterstützen deren Umsetzung in Niedersachsen.

#### 241 **Energie in Bürger\*innenhand**

242 Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energiewende, an der die Bürger\*innen  
243 direkt teilhaben und profitieren können. Um mehr Energiewende-Projekte in  
244 Bürger\*innenhand zu ermöglichen, setzen wir auf einen Bürger\*innen-Energiewende-  
245 Fonds. Mit diesem stellen wir die wichtige Anschubfinanzierung sicher und helfen  
246 dabei, Anfangshürden bei der Projektplanung zu überwinden. Wir stärken zudem die  
247 frühzeitige Beteiligung und Information von Bürger\*innen und Kommunen und  
248 schaffen Mediationsangebote. Um Hürden für die Energiewende in Bürger\*innenhand  
249 abzubauen setzen wir uns dafür ein, die europarechtlichen Möglichkeiten  
250 auszuschöpfen, wie zum Beispiel die Erneuerbare-Energiegemeinschaften  
251 einschließlich Mieter\*innenstrom und Nachbarschaftsprojekten zu stärken und  
252 kleinere Energiewende-Projekte von der Ausschreibungspflicht zu befreien.

#### 253 **Bioenergie intelligent nutzen**

254 Die Bioenergie kann einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität und  
255 Versorgungssicherheit leisten, indem sie Energie speichert und bei  
256 Erzeugungsdellen von Wind- und Solarstrom einspringt und damit fossiles Gas  
257 ersetzt. Außerdem kann neben der Stromerzeugung auch die Abwärme genutzt werden.  
258 Bestehende Biogasanlagen müssen dazu konsequent flexibilisiert werden und  
259 Anreize für eine effiziente Wärmenutzung und Inputförderung erhalten. Außerdem  
260 wird Bioenergie dort benötigt, wo eine Elektrifizierung nicht möglich ist. Dies  
261 ist zum Beispiel beim Ersatz fossiler Energieträger in Bereichen der  
262 Grundstoffindustrie der Fall. Wir setzen auf vielfältige Bioenergie aus Rest-  
263 und Beiprodukten und umwelt-verträglichen Energiepflanzen sowie  
264 Blühpflanzenmischungen. Eine weitere Ausdehnung der Flächen für den  
265 Energiepflanzenanbau lehnen wir ab. Wir wollen die Biogasproduktion auf Basis  
266 von Rest- und Beiprodukten ausbauen und stärker vorhandene Gülle und Trockenkot  
267 aus der Tierhaltung nutzen .

#### 268 **Intelligente Netze und Speicher ausbauen**

269 Für die Energiewende brauchen wir den Netzausbau. Dabei hat für uns die  
270 dezentrale, verbrauchsnahe Energieerzeugung Priorität. Der Umfang des geplanten  
271 notwendigen Netzaus- und Umbaus muss regelmäßig überprüft werden. Wir setzen uns  
272 dafür ein, dass an geeigneter Stelle moderne Erdverkabelungsvarianten statt  
273 Freileitungen eingesetzt werden.

274 Um Verbrauchs- und Erzeugungsspitzen abzufedern, unterstützen wir den Ausbau  
275 intelligenter Stromnetze bzw. Smart Grids. So können Lasten flexibler gesteuert  
276 und konventionelle Kraftwerke schneller und besser ersetzt werden. Wenn zeitlich  
277 flexible Energieverbräuche wie zum Beispiel das Laden von E-Autos stärker  
278 gesteuert werden, lassen sie sich wesentlich besser an die Volatilität von Wind-  
279 und Sonnenenergie anpassen. Für Verbraucher\*innen muss es attraktiver sein,  
280 Strom dann zu verbrauchen, wenn er erneuerbar im Überschuss zur Verfügung steht.

281 Dafür unterstützen wir die Einbauoffensive von Smart Metern und setzen uns für  
282 die Einführung von flexiblen Tarifen ein.

283 Um unsere Klimaziele zu erreichen, treiben wir den Bau von Speichern und die  
284 Sektorenkopplung mit hohem Tempo voran. Dazu müssen die energie- und  
285 steuerpolitischen Hemmnisse des Speicherausbaus schnell und vollständig  
286 beseitigt werden. Für die Versorgungssicherheit spielen Gasspeicher als  
287 Langzeitspeicher für aus erneuerbaren Energien erzeugtes Gas eine wichtige  
288 Rolle. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung mit einer nationalen Gasreserve  
289 und verpflichtenden Füllstandsvorgaben für Speicherbetreiber die  
290 Versorgungssicherheit stärkt. Um die Sicherheit und Unabhängigkeit der  
291 Energieversorgung weiter zu stärken, streben wir an, Gasspeicher in die  
292 Kontrolle der öffentlichen Hand zu überführen.

### 293 **Die soziale Wärmewende – bezahlbar, klimaneutral und sicher**

294 Wir bringen den Umstieg auf erneuerbare Energien im Wärmebereich voran. Unser  
295 Ziel ist es, in allen Gebäuden Erneuerbar zu heizen und die teure Abhängigkeit  
296 von fossilen Rohstoffen zu beenden. Das macht uns frei und unabhängig von teuren  
297 Heizkosten, denn die fossilen Energien werden immer teurer und die Erneuerbaren  
298 Energien immer günstiger. Und jede eingesparte Energie schont unseren Geldbeutel  
299 nachhaltig. Wir wollen gezielt Haushalte mit niedrigen Einkommen entlasten. Um  
300 bis 2035 vollständig unabhängig von Erdöl und Erdgas zu sein, müssen Neubauten  
301 mindestens klimaneutral sein und die energetische Gebäude-Sanierungsrate im  
302 Bestand deutlich erhöht werden. An der fehlenden Technik scheitert die  
303 Wärmewende nicht. Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder der  
304 Fernwärme können wir in Verbindung mit der Sanierung und damit Senkung des  
305 Energieverbrauchs unsere Gebäude im ganzen Land klimaneutral versorgen. Neue  
306 öffentliche Gebäude bauen wir mit 100% Erneuerbarer Wärme, mindestens  
307 klimaneutral, möglichst klimapositiv. Dabei sollten Bauweisen, die eine  
308 möglichst niedrige graue Gesamtenergiebilanz aufweisen, zum Einsatz kommen. Auch  
309 bei umfassenden Sanierungen im Bestand gehen wir als Land voran und legen hohe  
310 Effizienzstandards sowie den PV-Ausbau auf dem Dach fest. Diese  
311 Mindestgrundsätze gelten auch bei allen Förderprogrammen von Wohn- und  
312 Nichtwohngebäuden. Für den Gebäude-bestand führen wir mit dem Erneuerbare-Wärme-  
313 Gesetz verpflichtende Mindestquoten für Erneuerbare Wärme bei Heizungstausch  
314 oder Sanierung ein. Dies koppeln wir mit unserem Förderprogramm zur Wärmewende  
315 besonders für Haushalte mit geringem Einkommen. (vgl. Sozial und Ökologisch  
316 Bauen und Wohnen) Die Wärmewende braucht Fachkräfte, im Handwerk, aber auch  
317 Ingenieur\*innen, Raum- und Umweltplaner\*innen und vieles mehr. Gemeinsam mit dem  
318 Handwerk, den Hochschulen und den Berufsbildenden Schulen bringen wir eine  
319 Fachkräfteinitiative für die Energie- und Wärmewende auf den Weg (vgl.  
320 Innovatives Niedersachsen).

321 Um für Niedersachsen auch die Potentiale der Tiefen-Geothermie zu nutzen,  
322 unterstützen wir Modellprojekte. Bestehende Bohrlöcher der Erdöl- und  
323 Erdgasindustrie können für eine geothermische Nutzung in Frage kommen. Dabei  
324 wollen wir sicherstellen, dass die fossile Industrie Verursacherhaftung für  
325 Altlasten und Langfrist-Risiken übernehmen muss.

326 Da sie entscheidend für die Wärmewende vor Ort ist, setzen wir auf eine  
327 verpflichtende kommunale Wärmeplanung und deren schnelle Umsetzung. Dazu gehört  
328 auch die Kühlung im Sommer. So können wir die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Wärmenetze  
329 senken und Abwärme stärker nutzen. Die Wärmenetzbetreiber unterstützen wir beim

330 Umstieg auf klimaneutrale Nah- und Fernwärmeerzeugung. Industrielle Abwärme ist  
331 kostbare Energie, die wir innerhalb und außerhalb der Betriebe zum Beispiel  
332 durch das Einspeisen in Nah- und Fernwärmenetze nutzen wollen. Durch die  
333 Einführung geeigneter Grenzwerte für Abluft- und Abwassertemperaturen forcieren  
334 wir die Wärmerückgewinnung und Abwärmenutzung. Damit kommunale Verwaltungen ein  
335 Grundgerüst haben, um vor Ort Quartiersplanungen anzugehen, bauen wir auf  
336 Landesebene die Bereitstellung von Daten u.a. zur Wärmeplanung, für die  
337 Quartiersentwicklung und für kalte Nahwärmenetze für die Kommunen über einen  
338 öffentlich zugänglichen Energieatlas aus.

### 339 **Energiekosten vermeiden**

340 Die beste Energie ist die, die gar nicht erst gebraucht wird. Daher geht  
341 Einsparung und Effizienz von Energieverbrauch immer vor Ersatz. Mit dem  
342 Niedersachsen-Fonds (vgl. Nachhaltig Haushalten) und der Landesgesellschaft  
343 Wohnen und Klima (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen und Wohnen) geben wir daher  
344 vor allem Anreize zur Einsparung und Vermeidung von Energie. Wir wollen, dass  
345 die sparsamsten und effizientesten Geräte, Fahrzeuge und Gebäude aus  
346 Niedersachsen kommen und berücksichtigen bei unseren Förderprogrammen daher  
347 besonders Energieeffizienz und Energievermeidung.

348 Bislang viel zu wenig Beachtung gefunden hat die sogenannte „graue Energie“,  
349 also die Energie, die in den Bau oder die Herstellung von Gebäuden oder  
350 Produkten geflossen ist, und bei neuen Gebäuden über den gesamten Lebenszyklus  
351 oft bereits die Hälfte der Energie ausmacht. Baumaterialien wie Beton sind sehr  
352 klimaintensiv, daher machen wir Niedersachsen mit einer Recyclingoffensive und  
353 einem Sanierungsvorrang fit für die Bauwende. (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen  
354 und Wohnen)

### 355 **Grüner Wasserstoff als niedersächsischer Standortvorteil**

356 Grüner Wasserstoff ist unabdingbares Element der Energiewende. Durch die hohen  
357 Energieverluste bei der Umwandlung von erneuerbarem Strom in grünen Wasserstoff  
358 wird er jedoch auch auf absehbare Zeit teuer und wenig verfügbar sein. Deswegen  
359 muss grüner Wasserstoff vorrangig für all jene Anwendungsfelder vorgesehen  
360 werden, die nicht direkt auf erneuerbaren Strom umgestellt werden können, wie  
361 die Chemie- und Stahlindustrie, aber auch den Schiffs- und Flugverkehr. Die  
362 Beimischung von Wasserstoff in die bestehenden öffentlichen Erdgasnetze oder die  
363 Umstellung der PKW-Flotte auf Wasserstoff ergibt klimapolitisch keinen Sinn und  
364 würde nur die Wasserstoffknappheit für die Industrie vergrößern.

365 Ohne erneuerbaren, grünen Strom gibt es keinen grünen Wasserstoff. Jede  
366 Wasserstoff-strategie muss daher an einen entsprechend hohen Ausbau der  
367 Erneuerbaren Energien und an eine Energieeffizienzstrategie gekoppelt sein. Wir  
368 wollen Niedersachsen zum grünen Industrieland Nummer 1 machen und im Ausbau der  
369 Erneuerbaren sowie der Wasserstoff-herstellung vorangehen (vgl. Innovatives  
370 Niedersachsen).

371 Um darüber hinaus bestehende Bedarfe zu decken, muss bei einem Import von  
372 Wasserstoff sichergestellt sein, dass dieser auch wirklich grün ist. Wir  
373 unterstützen aus Niedersachsen den Einsatz der Bundesregierung für eine  
374 europaweite, transparente und sichere Zertifizierung. Der gleiche Fehler wie  
375 beim Erdgas darf nicht beim grünem Wasserstoff wiederholt werden – wir wollen  
376 keine gefährliche Abhängigkeit von Unrechtsstaaten wie Russland oder Saudi-  
377 Arabien. Daher setzen wir auf den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien



378 und die Stärkung von Energiepartnerschaften innerhalb der Europäischen Union  
379 (EU) sowie mit weiteren demokratisch geführten Staaten unter Beachtung der  
380 Menschenrechte und auf Augenhöhe. Wilhelmshaven wollen wir zur Drehscheibe von  
381 Importen, Speicherung und Regasifizierung für grün produzierten Wasserstoff und  
382 Bio-Methan machen. Grünem Wasserstoff kommt langfristig auch die Rolle zu, die  
383 Energieüberschüsse des Sommers in den energiehungrigen Winter zu transferieren.

#### 384 **Ausstiegplan für die Nutzung von Erdöl und Erdgas – fossile Rohstoffe im Boden** 385 **lassen**

386 Wir beenden die Abhängigkeit von fossilen Energien, indem wir nicht nur aus der  
387 Kohle-, sondern auch aus der Erdgas- und Erdölnutzung aussteigen. Erdgas ist  
388 dabei kein klimafreundlicher Brückenkraftstoff, sondern selbst Klimakiller. Die  
389 Klimawirkung von Methan, Hauptbestandteil von Erdgas, ist dabei je nach  
390 Betrachtungszeitraum 20- bis 100-mal stärker als bei CO<sub>2</sub>. Damit haben sogar  
391 kleine Mengen einen riesigen Treibhauseffekt.

392 Niedersachsen ist bei der Förderung klimaschädlichen Erdgases Spitzenreiter. 96%  
393 der deutschen Erdgasförderung und rund ein Drittel der deutschen Erdölförderung  
394 finden in Niedersachsen statt. Klar ist: wollen wir das Klima schützen, müssen  
395 wir in ein paar Jahren auch aus der Förderung von Erdgas und Erdöl ausgestiegen  
396 sein. Ohne den Einsatz von Fracking lassen sich die weit ausgezehrten  
397 niedersächsischen Öl- und Gaslagerstätten in wenigen Jahren sowieso nicht mehr  
398 weiter ausfördern. Wir wollen den Ausstieg daher proaktiv begleiten und mit  
399 Blick auf die Versorgungssicherheit möglichst frühzeitig Planungssicherheit  
400 schaffen. Auch für den Schutz unserer Umwelt und der Anwohner\*innen, wie u.a.  
401 die riesige Leckage giftigen Lagerstättenwassers in Emlichheim und die  
402 regelmäßig vorkommenden förderinduzierten Erdbeben in den Förderregionen zeigen,  
403 ist ein klarer Ausstiegsplan aus der Öl- und Gasförderung und eine Ablösung des  
404 Bundesberggesetzes durch ein Ausstiegsgesetz unabdingbar. Ab sofort sollen keine  
405 neuen Aufsuchungs- und Fördergenehmigungen mehr erteilt und das Ende der Erdgas-  
406 und Erdölförderung für spätestens 2030 festgelegt werden. Als kurzfristige,  
407 erste Maßnahme schließen wir in Niedersachsen Erdgas- und Erdölvorhaben in  
408 Schutzgebieten gesetzlich klar aus und machen Umweltverträglichkeitsprüfungen  
409 für alle Vorhaben verpflichtend. In Bezug auf die aktuell noch laufenden  
410 Förderungen nutzen wir alle Landesspielräume für hohe Sicherheitsauflagen und  
411 deren Kontrolle. Wir setzen uns für ein dauerhaftes und bundesweites Verbot von  
412 Fracking in jeder Form und für jede Gesteinsart ein. Das Verursacherprinzip  
413 stärken wir auch bei der Erdöl- und Erdgasförderung und erhöhen daher die  
414 Gebühren und Abgaben für Förderunternehmen. Auf Bundesebene setzen wir uns für  
415 ein verpflichtendes, dauerhaftes und unabhängiges Monitoring der Gasleitungen  
416 ein, um klimaschädliche Methanleckagen einzudämmen.

417 Jeder Euro, der heute noch fossile Infrastrukturen finanziert, verzögert eine  
418 ambitionierte Energiewende und bedeutet unnötige Kosten. Dies trifft  
419 grundsätzlich auf die Planungen zum Bau von Flüssigerdgas-Importterminals (LNG-  
420 Terminals) an der niedersächsischen Küste zu. Niedersachsen und Deutschland  
421 werden in den nächsten Jahren auch den Erdgasverbrauch deutlich absenken müssen.  
422 Nur so werden wir unabhängig von fossilen Energieträgern und können uns vor  
423 hohen Energiepreisen schützen. Wir lehnen daher den Bau von LNG-Terminals  
424 weiterhin ab und wollen stattdessen den Bau von grünen Wasserstoff-Terminals  
425 insbesondere in Wilhelmshaven vorantreiben. Soweit LNG-Terminals aufgrund der  
426 aktuellen geopolitischen Lage erforderlich sein sollten, müssen sie Greengas-  
427 ready sein und eine befristete Betriebsgenehmigung erhalten

428 **Mobil in Niedersachsen**

429 Mobilität ist für uns ein Grundrecht und Grundlage für ein gutes,  
430 selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen, dass alle  
431 Menschen in Stadt und Land schnell, sicher und bequem ans Ziel kommen. Wir  
432 wollen Niedersachsen zum Vorreiter nachhaltiger und sozialgerechter Mobilität  
433 machen.

434 Wir gestalten einen attraktiven ÖPNV und streben perspektivisch eine  
435 Mobilitätsgarantie mit verbindlichen Standards an. Im ländlichen Raum wollen wir  
436 ÖPNV neu und innovativ denken: ein flexibler und bedarfsorientierter ÖPNV,  
437 Ridepooling-Dienstleistungen und online buchbare Rufbusse können dort Bahn und  
438 Linienbusse ergänzen. Wir bauen das Angebot im Schienenverkehr aus und sorgen  
439 dafür, dass Anschlüsse zuverlässig und Umsteigezeiten kurzgehalten werden. Mit  
440 attraktiven Angeboten wollen wir den Nahverkehr günstiger und attraktiver  
441 machen. Wir wollen, dass Fahrrad fahren sicherer und bequemer und Niedersachsen  
442 damit zum echten Fahrradland wird. Wir wollen dafür sorgen, dass es überall gut  
443 ausgebaute Radwege gibt, ausreichend sichere Radabstellplätze zur Verfügung  
444 stehen und unkompliziert Fahrräder geliehen werden können. Wir wollen  
445 Rahmenbedingungen dafür setzen, dass das Kombinieren verschiedener  
446 Verkehrsmittel einfach und flexibel funktioniert. Zahlreiche Mobilitätsstationen  
447 sollen Bahn, Bus, Rad, Auto und Sharingangebote verknüpfen.

448 In unseren Städten wollen wir den Platz neu aufteilen und damit mehr Flächen für  
449 den Rad- und Fußverkehr und für Begegnungen im öffentlichen Raum schaffen. Wir  
450 machen klimafreundliche Fortbewegung so attraktiv, dass immer weniger  
451 Autofahrten nötig werden.

452 **Klimaneutral mobil: Das Ziel klar vor Augen**

453 Die amtierende Landesregierung aus SPD und CDU nimmt ihre selbstgesteckten  
454 Klimaziele nicht ernst und verfehlt sie. Die Verkehrsleistung des motorisierten  
455 Individualverkehrs in Niedersachsen nimmt stetig zu; der PKW-Bestand auf unseren  
456 Straßen wächst und die Emissionen im Verkehrssektor sind auch in Niedersachsen  
457 annähernd unverändert geblieben. Wir wollen im Zusammenspiel mit der EU, der  
458 Bundes- und der kommunalen Ebene die Verkehrswende einleiten und alles tun, was  
459 notwendig ist, damit Niedersachsen seinen fairen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel  
460 leistet. Mit einem kontrollierbaren CO<sub>2</sub>-Budget und verbindlichen  
461 Reduktionszielen für den Verkehrssektor in Niedersachsen stellen wir im engen  
462 Zusammenspiel mit der Ampelkoalition im Bund sicher, dass unsere Bemühungen zur  
463 CO<sub>2</sub>-Reduktion erfolgreich sind. Durch kluge Siedlungsplanung und Digitalisierung  
464 werden wir das Verkehrsaufkommen reduzieren und die klimaschonende individuelle  
465 Mobilität verbessern (vgl. Klimaschonende Siedlungsentwicklung).

466 Die Verkehrsleistung des Umweltverbundes (Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr sowie  
467 Sharing-Dienste) wollen wir stark erhöhen. Die Verkehrsleistung des PKW-Verkehrs  
468 reduzieren wir maßgeblich und verlagern einen möglichst hohen Anteil der in  
469 Niedersachsen transportierten Güter auf die Schiene und Wasserwege. Mit einem  
470 wirksamen Klimagesetz mit entsprechenden Zielen und Maßnahmen im Verkehrssektor  
471 setzen wir den Rahmen für eine nachhaltige, klimafreundliche und verlässliche  
472 Mobilität.

473 **Garantiert mobil - die Mobilitätsgarantie für Niedersachsen**

474 Immer mehr Straßen, die Stilllegung von Bahnstrecken und ein häufig kaum über  
475 den Schüler\*innenverkehr hinausgehender Busverkehr haben dafür gesorgt, dass

476 Mobilität in Niedersachsen viel zu oft vom eigenen Auto abhängig ist. Auf diese  
477 Weise werden immer mehr Menschen in ihren gesellschaftlichen  
478 Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt. Wenn in den Tagesrandzeiten, am Wochenende  
479 oder in den Ferien das Nahverkehrsangebot stark ausgedünnt ist oder ganz fehlt,  
480 ist der ÖPNV keine Alternative zum eigenen Auto. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen  
481 mit einer Mobilitätsgarantie für Niedersachsen perspektivisch Mobilität für alle  
482 gewährleisten – unabhängig von Wohnort, Alter und Einkommen. Unsere  
483 Mobilitätsgarantie ist das Versprechen, dass alle Personen im ländlichen Raum  
484 von Niedersachsen mit dem Nahverkehr mobil sein können. Ziel ist, dass jeder Ort  
485 von früh morgens bis nachts mindestens in einem stündlichen Takt angebunden  
486 werden soll. Dort, wo Linienverbindungen weder ökonomisch noch ökologisch  
487 sinnvoll sind, setzen wir auf tariflich in den ÖPNV integrierte Bedarfsverkehre,  
488 um die Bürger\*innen abzuholen. Sämtliche Angebote der Mobilitätsgarantie sollen  
489 verkehrsträgerübergreifend tariflich in den ÖPNV integriert sein. Um in  
490 Niedersachsen Vorreiterin zu werden, erproben wir das über Modellprojekte, um es  
491 langfristig aufs ganze Land auszuweiten.

#### 492 **Sauber und mobil durch Stadt und Land: Mobilitätswende praktisch vor Ort**

493 Die Alltagsmobilität muss dort organisiert werden, wo Menschen wohnen, arbeiten  
494 und leben. Kommunen nehmen eine Schlüsselrolle dabei ein, die Verkehrswende vor  
495 Ort umzusetzen – denn niemand kennt die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen so  
496 gut wie sie selbst. Wir sorgen dafür, dass ein gutes ÖPNV-Angebot im ganzen Land  
497 besteht und dass Kommunen dabei unterstützt werden, die konkrete Ausgestaltung  
498 des Angebots entsprechend der Bedürfnisse ihrer Einwohner\*innen zu  
499 realisieren. Verbindliche Ziele und Maßnahmen, um die Klimaschutzziele im Verkehr  
500 zu erreichen und eine Mobilität ohne Auto günstig und komfortabel  
501 sicherzustellen, sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Klimaberichte. Um  
502 Kommunen noch mehr Gestaltungsspielräume zu geben, wollen die rechtlichen  
503 Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen einen Mobilitätspass als  
504 (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, die sie dazu nutzen den ÖPNV zu stärken.

#### 505 **Grundlage für einen starken ÖPNV: eine solide Finanzierung**

506 Wir werden das weitestgehend veraltete Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG)  
507 novellieren und an den Anforderungen einer notwendigen Mobilitätswende vor Ort  
508 ausrichten. Wir wollen mehr Geld ins System geben und dieses fair nach  
509 transparenten Kriterien verteilen. Wir wollen dafür sorgen, dass Busse und  
510 Bahnen umfassend und flächendeckend barrierefrei werden. Zur Unterstützung der  
511 kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger verankern wir im NNVG, dass das Land Mittel  
512 bereitstellt, die ausschließlich für die Herstellung von Barrierefreiheit im  
513 ÖPNV verwendet werden. Auch die kommunalen Nahverkehrspläne müssen entsprechend  
514 der Ziele der Barrierefreiheit weiterentwickelt werden. Das Niedersächsische  
515 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) dient der Förderung von Kommunen  
516 beim Bau von Straßen und Radwegen sowie Investitionen in den ÖPNV – und braucht  
517 dringend ein Update. Wir richten es bedarfsgerecht neu aus, nehmen den  
518 Fußverkehr auf, weiten Fördertatbestände aus und setzen Prioritäten so, dass die  
519 Mittel zu 75 Prozent in den Umweltverbund fließen. Besonders klimafreundliche  
520 Projekte werden wir honorieren und dazu die Höhe des Fördersatzes an die CO<sub>2</sub>-  
521 Wirkung koppeln. Im Rahmen der NGVFG-Novelle stellen wir auch die Busbeschaffung  
522 auf klimaneutrale Antriebe um. Anders als die große Koalition bisher bemühen wir  
523 uns für die Realisierung der Verkehrswende aktiv um die vom Bund zur Verfügung  
524 stehenden Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und die  
525 höheren in Aussicht gestellten Regionalisierungsmittel.

526 **Niedersachsen ist am Zug - Infrastrukturoffensive für die Schiene**

527 Etwa jeder 10. Regionalzug in Niedersachsen ist verspätet – ein Zustand, der  
528 endlich beendet werden muss. Wir vergrößern die Kapazitäten im  
529 Regionalbahnverkehr in den nächsten Jahren massiv, bieten höhere Taktungen an  
530 und steigern die Zuverlässigkeit. Dazu nutzen wir gezielt die in Aussicht  
531 gestellten höheren Regionalisierungsmittel des Bundes und steigern die  
532 Investitionen des Landes für den Nahverkehr. Für einen qualitätsorientierten  
533 Kapazitätsausbau werden wir die erweiterten Fördermöglichkeiten des  
534 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes des Bundes konsequent nutzen. Um die  
535 Leistungsfähigkeit des Schienennetzes weiter zu steigern, soll das Land eine  
536 führende Rolle beim Rollout der digitalen Zugsicherungstechnik ETCS einnehmen.  
537 Wir richten die Vergabekriterien des Landes an der Erreichung dieses Zieles aus  
538 und nutzen die Gelder aus demGVFG-Bundesprogramm zur Elektrifizierung von  
539 Bahnstrecken, um zügig weitere Strecken zu elektrifizieren.

540 Mehr als 100 Bahnstrecken und viele hunderte Bahnkilometer wurden in  
541 Niedersachsen in den letzten 60 Jahren stillgelegt. Viele dieser Bahnstrecken  
542 existieren bis heute und können verhältnismäßig leicht reaktiviert werden, um  
543 insbesondere die Mobilität in ländlichen Räumen zu verbessern. 2013 hat  
544 Landesregierung unter GRÜNER Beteiligung den Reaktivierungsprozess stillgelegter  
545 Bahnstrecken für den Personennahverkehr auf den Weg gebracht, den die aktuelle  
546 SPD/CDU-Regierung seitdem kräftig bremst. Wir GRÜNEN werden wieder aktiv  
547 Strecken zur Bundesförderung anmelden sowie mit einer landeseigenen Konzeption,  
548 die wir gemeinsam mit den betroffenen Regionen entwickeln, den  
549 Reaktivierungsprozess voranbringen. Zur Finanzierung der Reaktivierung nutzen  
550 wir die stark ausgeweiteten Fördermöglichkeiten des GVFG-Bundesprogramms. Da, wo  
551 trotz stärkerer Siedlungsentwicklung, touristischer Zwecke und sozialer Aspekte  
552 eine Reaktivierung nicht wirtschaftlich ist, sorgen wir mit Schnellbuslinien für  
553 gute Anbindung.

554 **Mit dem Niedersachsentakt sorgen wir für Verlässlichkeit und kurze**  
555 **Umstiegszeiten**

556 Den Regionalverkehr stimmen wir GRÜNEN durch einen Niedersachsentakt gezielt mit  
557 geplanten Deutschlandtakt des Fernverkehrs ab, so dass künftig für alle  
558 Umsteigezeiten kürzer werden. Regionalbahnstrecken mit überregionaler Bedeutung,  
559 müssen in den Deutschlandtakt integriert werden. Die Vergabeverfahren für den  
560 schienengebundenen Nahverkehr entwickeln wir stetig weiter und stellen in allen  
561 Bereichen sicher, dass Verlässlichkeit und Qualität entscheidende  
562 Auswahlkriterien sind und unzureichende Leistungserfüllung der  
563 Verkehrsunternehmen wirksam sanktioniert werden. Auch in Niedersachsen zeichnet  
564 sich ein Trend ab, dass große, internationale und primär an Gewinnen  
565 orientierten Unternehmen eine immer wichtigere Rolle auf dem Markt spielen.  
566 Mangelnde lokale Verankerung und starke Fokussierung auf Gewinne führte in  
567 letzter Zeit immer wieder zu Qualitätseinbußen. Wir wollen die lokal verankerten  
568 Eisenbahnunternehmen stärken Dem Lokführer\*innenmangel wollen wir GRÜNEN durch  
569 eine niedersächsische Ausbildungsoffensive entgegenwirken und bei neuen  
570 Zielgruppen für den Beruf werben. Um die Kapazitäten im Nahverkehr zu erweitern,  
571 und leere 1.Klasse Abteile bei gleichzeitig überfüllten 2.Klasse Abteile zu  
572 vermeiden, wollen wir die 1. Klasse in Zügen des Nahverkehrs abschaffen. Wir  
573 wollen für eine moderne Ausstattung der Züge mit Tischen, kostenlosem WLAN,  
574 Steckdosen und Fahrgast-informationen sorgen. Wir wollen die Möglichkeiten für  
575 die Fahrradmitnahme erhöhen und streben eine faire zeitlich einheitliche

576 Tarifgestaltung an. Zur Stärkung des kombinierten Bahn- und Fahrradverkehrs,  
577 schaffen wir mehr Fahrradstellplätze und dazugehörige Infrastruktur an den  
578 Bahnhöfen. Park and Ride sowie Bike and Ride Angebote entwickeln wir gemeinsam  
579 mit den Kommunen weiter und denken dabei auch Ladeinfrastruktur für Pedelecs und  
580 Elektrofahrzeuge mit.

### 581 **Bezahlbare Mobilität ohne Tarifschunel ist möglich**

582 Wir wollen, dass man sich in ganz Niedersachsen mit Bus und Bahn nach dem  
583 Prinzip „Eine Fahrt, eine Fahrkarte“ bewegen kann. Dafür planen wir  
584 perspektivisch, die Tarif- und Vertriebsstruktur landesweit zu vereinheitlichen.  
585 Wir setzen uns für ein Umweltticket als ein bezahlbares und landesweit gültiges  
586 Tarifangebot im Monats- oder Jahresabo ein – ergänzend zu den regionalen  
587 Angeboten. Wir unterstützen das Prinzip der „Eine App für alles“-Auskunft, die  
588 die Buchung sämtlicher Mobilitätsdienstleistungen vereinfacht. Die Schaffung der  
589 nötigen öffentlichen Schnittstellen bringen wir voran, indem wir dafür sorgen,  
590 dass alle Mobilitätsdienstleister in Niedersachsen Daten vollständig,  
591 interoperabel, barriere- und kostenfrei zur Verfügung stellen.

592 Jugendliche in Niedersachsen sollen für wenig Geld mobil sein können. Der Weg  
593 zur Schule oder Berufsschule, aber auch zur Ausbildungsstätte oder in die  
594 Dienststellen der Freiwilligen Dienste soll nichts zusätzlich kosten. Die  
595 Fahrtkostenerstattung weiten wir deshalb auf Schüler\*innen der Sekundarstufe II  
596 und auf Auszubildende aus. Mit einem landesweit gültigen Sozialticket zum Preis  
597 von 365 Euro pro Jahr machen wir in einem ersten Schritt Auszubildende,  
598 Schüler\*innen, Menschen mit geringem Einkommen und Freiwilligendienstleistende  
599 mobil. Allen, die keinen Anspruch auf ein 365€-Ticket haben, wollen wir ein  
600 landesweit gültiges Klimaticket für 2 Euro pro Tag bzw. 730 Euro pro Jahr  
601 anbieten.

### 602 **Vision Zero – Null Tote im Straßenverkehr**

603 Alle 15 Minuten verunglückt in Niedersachsen ein Mensch im Straßenverkehr und  
604 alle vier Stunden ist dieser Mensch ein Kind. Hauptursache für schwere  
605 Verkehrsunfälle bleiben überhöhte Geschwindigkeiten. Ein besonders hohes Risiko  
606 für Unfälle haben oft die Schwächsten: unter anderem Kinder, Senior\*innen,  
607 Fußgänger\*innen und Radfahrende. Wir verfolgen die Vision Zero: Niemand soll im  
608 Straßenverkehr sterben. Dabei ist klar: Ohne Tempolimits werden die Opferzahlen  
609 nicht sinken. Daher setzen wir uns weiterhin gemeinsam mit vielen Bürger\*innen  
610 auf Bundesebene für eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf  
611 Autobahnen ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesländer die Freiheit  
612 bekommen, Tempo 80 auf Landstraßen und 30 km/h innerorts als  
613 Regelgeschwindigkeit einzuführen. Die Entscheidungsspielräume zur Umsetzung von  
614 Tempolimits, die die Bundesregierung den Ländern in Aussicht gestellt hat,  
615 nutzen wir konsequent zur Geschwindigkeitsreduktion und Unfallprävention. Damit  
616 Kinder möglichst sicher zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen können und so  
617 schon früh lernen, sich selbstständig im Straßenverkehr zu bewegen, treiben wir  
618 die Erstellung von Geh- und Radschulwegplänen voran. Der Einbau bzw. die  
619 Nachrüstung von Abbiegeassistenten in LKW ist uns ein wichtiges Anliegen.

### 620 **Damit sich was dreht: Niedersachsen zum Fahrradland Nr. 1 machen**

621 Rund die Hälfte der Wege, die in Deutschland mit dem Auto zurückgelegt werden,  
622 sind kürzer als fünf Kilometer. Strecken also, die die meisten auch gut dem Rad  
623 bewältigen könnten. In Niedersachsen pendeln täglich rund 3,7 Millionen

624 Berufstätige zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Mehr als 61 Prozent tun dies mit  
625 dem Auto und nur 15 Prozent mit dem Rad. Dabei würde rund die Hälfte der  
626 Pendler\*innen häufiger das Fahrrad nutzen, wenn es ein qualitativ gutes und  
627 sicheres Radwegenetz gäbe. Der Fokus rot-schwarzer Verkehrspolitik lag bis jetzt  
628 allerdings auf dem Auto. Nicht selten wurden gar für das Fahrrad vorgesehene  
629 Mittel für den Straßenbau zweckentfremdet. Wir treten ein für ein klares  
630 Bekenntnis zur Fahrradpolitik als ein Baustein zur Mobilitätswende. Mit einer  
631 fahrradfreundlichen Infrastruktur und mehr Sicherheit für Radfahrer\*innen wollen  
632 wir mehr Menschen vom Radfahren überzeugen. Damit die aktive Mobilität endlich  
633 den notwendigen Stellenwert in der Landespolitik bekommt, richten wir die  
634 Verkehrsverwaltung neu aus und stärken sie so, dass die Förderung des  
635 Umweltverbundes endlich mit dem nötigen Nachdruck realisiert werden kann.

636 Ein großer Teil der Radwegeverbindungen, die Menschen täglich nutzen, liegt  
637 innerhalb von Kommunen oder in der Verantwortung von Landkreisen. Das wichtigste  
638 landesseitige Förderprogramm zum Bau von Radverkehrsanlagen in den Kommunen ist  
639 die Förderungen nach dem niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz  
640 (NGVFG). Förderbedingungen, Fördertatbestände und Fördersummen decken sich  
641 jedoch nicht immer mit dem tatsächlichen Bedarf der Kommunen. Das werden wir  
642 ändern, in dem wir die Bagatellklausel anpassen, die Fördertatbestände ausweiten  
643 und die zur Verfügung stehenden Mittel erhöhen: Von den 75 Millionen Euro für  
644 kommunalen Straßenbau verfügbaren Mitteln sollen in einem ersten Schritt  
645 mindestens 20 Millionen Euro für Radwegeprojekte verwendet werden.  
646 Perspektivisch ist unser Ziel, dass 80 Prozent dieser Mittel in den Bau von  
647 Radverkehrsanlagen fließen. Außerdem soll kommunaler Straßenbau nur noch dann  
648 gefördert werden, wenn ausreichend Raum für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen  
649 in den Planungen berücksichtigt wird. Damit einzelne Radverkehrsprojekte nicht  
650 im luftleeren Raum entstehen, sorgen wir dafür, dass die Kommunen im Rahmen  
651 ihrer Klimaschutzplanungen Fahrradmobilitätskonzepte erstellen. Dabei  
652 unterstützen wir sie. Die Vergabe von Fördermitteln im Radverkehrsbereich binden  
653 wir an ein aktuelles Radverkehrskonzept und die Einhaltung von Standards.

654 Wie bereits in vielen anderen Bundesländern geschehen, arbeiten wir auch in  
655 Niedersachsen am Aufbau eines flächendeckenden Radverkehrsnetzes, damit es im  
656 ganzen Land gute Radwege gibt, die nicht an der Landkreisgrenze enden. Radwege  
657 sollen zuerst da gebaut werden, wo sie am dringendsten benötigt werden: Deshalb  
658 braucht es landesseitig eine systematische Vorrangplanung, um bestimmte, über  
659 kommunale Grenzen hinaus bedeutsame Radwegeverbindungen besser zu fördern und  
660 beschleunigt umzusetzen. Gerade im ländlichen Raum fehlt es viel zu oft an  
661 straßenbegleitenden Radwegen. Straßen ohne Radwege soll es nur noch in  
662 begründeten Ausnahmefällen geben. Wir gehen seitens des Landes voran und  
663 initiieren entlang von Landstraßen 1.000 km Fahrradweg. Damit senken wir den  
664 Anteil der Landstraßen ohne begleitenden Radweg deutlich. Bei Sanierung oder  
665 Neubau von Landesstraßen prüfen wir grundsätzlich, ob eine Ertüchtigung oder ein  
666 Neubau eines Radweges erfolgen sollte, um den Radverkehr optimal zu führen, und  
667 setzen dies wo immer möglich um. Auch für Ausbau und Sanierung von Radwegen an  
668 Landesstraßen wollen wir zusätzliche Mittel in die Hand nehmen. Gegenüber der  
669 Bundesregierung setzen wir uns dafür ein, dass der Radwegeanteil an  
670 Bundesstraßen deutlich erhöht wird. Unser Ziel ist, dass das Land Niedersachsen  
671 die Schaffung von Radschnellwegen, die Fahrzeiten erheblich verkürzen, auch als  
672 Landesaufgabe versteht und gemeinsam mit den Kommunen zügig neue  
673 Radschnellverbindungen baut.

674 Wir fördern die Anschaffung von Lastenrädern und Fahrradanhängern. Dazu  
675 erweitern wir das bisherige Landesförderprogramm und bauen es aus. Leihrad- und  
676 Leihlastenradangebote wollen wir als ergänzenden Teil der Nahverkehre fördern.  
677 Dafür verbinden wir Buchungssysteme mit dem Nahverkehr und schaffen  
678 Möglichkeiten, Leihradsysteme ins Tarifsystem zu integrieren. Unseren  
679 Landesbeschäftigten stellen wir noch mehr Diensträder zur Verfügung und machen  
680 allen Landesbediensteten ein Angebot zum Leasen eines Jobrads.

### 681 **Gut zu Fuß**

682 Ob zu Fuß, mit Kinderwagen oder im Rollstuhl – alle Niedersächs\*innen sind im  
683 Alltag auf gute Fußwege angewiesen: Gehen hält gesund, hebt die Stimmung und  
684 viel begangene Straßen beleben unsere Städte und Gemeinden. In der Verkehrs- und  
685 Stadtplanung spielt der Fußverkehr allerdings meist nur eine untergeordnete  
686 Rolle. Das ändern wir und sorgen dafür, dass Fußgänger\*innen und  
687 Rollstuhlfahrer\*innen sowie Menschen mit Behinderungen sicher ans Ziel kommen.  
688 Unser Ziel ist, dass der öffentliche Raum persönliche Begegnungen und Freiraum  
689 ermöglicht. Raumkonflikte dürfen nicht immer nur zwischen Radfahrer\*innen und  
690 Fußgänger\*innen ausgetragen werden. Der gesamte Verkehrsraum muss neu aufgeteilt  
691 werden. Diese Aufgabe müssen vor allem Kommunen vor Ort bewältigen – dabei  
692 unterstützen wir sie. Die Fördermöglichkeiten für Projekte, die der Stärkung des  
693 Fußverkehrs dienen, wollen wir mit zusätzlichen Mittel im Niedersächsischen  
694 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ausweiten. Wir unterstützen Initiativen  
695 dabei, Straßenraum temporär anders zu nutzen, z.B. für Nachbarschaftsfeste,  
696 Aktionen, Kultur, Kleinkunst, Cafés, Märkte, temporäre Spielstraßen, Pop-up-  
697 Radwege und vieles mehr. Den Kommunen ermöglichen wir die dauerhafte Umnutzung  
698 von Straßenraum und unterstützen sie bei der rechtssicheren Umsetzung. Der Raum  
699 in unseren Städten ist begrenzt und begehrt: Mit Autos, die im Schnitt 23  
700 Stunden am Tag stehen und viel Platz in Anspruch nehmen, nutzen wir diesen Raum  
701 ineffizient. Wir sorgen gemeinsam mit den Kommunen dafür, die Zahl der Autos  
702 deutlich zu reduzieren und gute Alternativen zu bieten, damit die Bürger\*innen  
703 in Niedersachsen mobiler werden.

### 704 **Straßenneubau runterfahren, Straßenverkehr dekarbonisieren**

705 Zur Verkehrswende gehört auch, dass wir die Abhängigkeit vom motorisierten  
706 Straßenverkehr nicht vorantreiben und die ökologische Krise anheizen, indem wir  
707 immer neue Straßen bauen. Deshalb lehnen wir den Bau der A20/A26, der A33 Nord  
708 sowie der A39 und der E 233 weiterhin ab. Im Straßenbau gilt für uns die Maxime,  
709 dass die Sanierung von Straßeninfrastruktur zum Substanzerhalt Vorrang gegenüber  
710 dem Neubau hat. Die Gelder aus dem NGVFG für den Straßenbau werden wir daher  
711 prioritär für den Erhalt von Straßenbau nutzen und Straßenneubauten nur noch in  
712 Ausnahmefällen fördern.

713 Wir sind uns bewusst, dass selbst bei größter Anstrengung für eine  
714 Verkehrsverlagerung auf Bus, Bahn und Fahrrad das Auto weiterhin einen  
715 relevanten Anteil im Mobilitätsmix haben wird. Um den notwendigen Beitrag zum  
716 1,5-Grad-Ziel zu leisten, treiben wir seine Dekarbonisierung konsequent voran.  
717 Der Ausbau der Ladeinfrastruktur in Niedersachsen steckt in einer Sackgasse.  
718 Deshalb braucht es jetzt eine echte Ladesäulen-Offensive, die sowohl öffentliche  
719 als auch private Ladestationen umfasst und die Automobilindustrie mit in die  
720 Pflicht nimmt. Mit Unterstützung des Bundes sorgen wir dafür, dass bis 2030 in  
721 Niedersachsen 100.000 öffentlich zugängliche Ladepunkte geschaffen werden. Den  
722 Fuhrpark der Landesregierung stellen wir klimaschonend auf und verankern

723 Anforderungen für alternative Antriebe für die Dienstfahrzeuge in den  
724 Beschaffungsrichtlinien.

#### 725 **Güterverkehr:Verladen und dekarbonisieren**

726 Immer mehr Güter werden auf immer mehr LKW durch Niedersachsen transportiert –  
727 der Anteil an LKWs mit klimafreundlichen Antrieben hingegen bleibt gering. LKW  
728 belasten unsere Straßen stärker als PKW und sind wesentlich für die  
729 Lärmbelastung durch den Straßenverkehr verantwortlich. Der Anteil der Schiene am  
730 gesamten Güterverkehrsaufkommen ist noch immer viel zu gering: Nicht einmal 20  
731 Prozent aller Güter werden auf der Schiene transportiert. Die Gründe dafür sind  
732 vielfältig: Ein Mangel an verfügbaren Trassen, mangelnde Flexibilität, massive  
733 Verspätungen und überhöhte Trassenpreise sorgen dafür, dass der  
734 Schienengüterverkehr für viele Transportwege nicht wettbewerbsfähig ist. Wir  
735 GRÜNEN sorgen dafür, dass ein möglichst hoher Anteil des Güterverkehrs schnell  
736 von der Straße auf die Schiene verlagert wird. Dafür hat insbesondere das  
737 niedersächsische Hinterland der Seehäfen eine herausgehobene Bedeutung. Wir  
738 werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass der Ausbau der  
739 Schieneninfrastruktur schnell vorangetrieben wird – insbesondere der Ausbau der  
740 überlasteten Nord-Süd-Achse (Hamburg-Hannover), die für den  
741 Seehafenhinterlandverkehr von besonderer Bedeutung ist. Damit das Projekt den  
742 Erfordernissen der Verkehrswende gerecht wird, muss es sowohl den Bedarfen einer  
743 Güterverkehrsverlagerung als auch dem berechtigten Interesse der Region nach  
744 erweitertem Lärmschutz und Verbesserungen im Nahverkehr gerecht werden. Wir  
745 wollen Gleisanschlüsse für große Gewerbegebiete (wieder)herstellen, mit  
746 Umschlagplätzen für Lkw kombinieren und neue Zentren für den kombinierten  
747 Ladungsverkehr (KLV) und vollelektrische Lieferketten fördern.

748 Es wird auch weiterhin ein relevanter Teil des Güterverkehrs über Straßen  
749 transportiert werden. Damit auch dieser Verkehr klimaneutral wird, prüfen wir,  
750 inwiefern eine Elektrifizierung von Autobahnen, Bundes- und Landstraßen  
751 notwendig ist und welchen Beitrag Niedersachsen dazu leisten kann.

#### 752 **Für einen nachhaltigen Schiffsverkehr**

753 Der Schiffsverkehr hat eine herausragende Rolle im internationalen Welthandel  
754 inne: Über 90 Prozent des interkontinentalen Warenaustausches finden auf dem  
755 Seeweg statt. Deutschland wickelt über 60 Prozent seiner Exporte über den Seeweg  
756 ab und erhält den Großteil seiner Importe per Schiff. Der Anteil der  
757 Seetransportkosten am Preis eines Produkts ist in den vergangenen Jahrzehnten  
758 immer geringer geworden und inzwischen fast zu vernachlässigen. Das Schiff ist  
759 einer der umweltfreundlichsten Verkehrsträger, kann und muss aber gerade mit  
760 Blick auf die Schwefel- und Stickoxidemissionen noch besser werden. Während ein  
761 LKW rund 200 Gramm CO<sub>2</sub> je Tonnenkilometer ausstößt, kommt das Seeschiff mit 15  
762 Gramm CO<sub>2</sub> aus. Die EU-Kommission hat im Rahmen ihres Gesetzespaketes Fit for 55  
763 Vorschläge gemacht, wie die internationale Seeschifffahrt in den kommenden  
764 Jahren durch Einbeziehung in den Emissionshandel und Anreize zur Nutzung  
765 alternativer Schiffstreibstoffe klimafreundlicher gestaltet werden kann. Wir  
766 begrüßen diese Vorschläge. Über die landeseigene Hafenbetreiberin Niedersachsen  
767 Ports GmbH werden wir dafür sorgen, dass die von der EU-Kommission angestrebte  
768 Versorgung der in den Häfen liegenden Schiffe mit Landstrom zügig umgesetzt  
769 wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anti-Fouling-Anstriche, die eine  
770 Besiedlung des Schiffsrumpfes mit Muscheln und Seepocken verhindern sollen,  
771 künftig nicht mehr mit Giftstoffen belastet sind.



772 **Innovatives Niedersachsen**

773 **Niedersachsens Wirtschaft voranbringen: Klimaneutral und zukunftsfähig**

774 Die Niedersächsische Wirtschaft mit ihren über 4,1 Millionen Erwerbstätigen  
775 steht vor mehreren historischen Herausforderungen: Unsere Wirtschaft muss  
776 klimaneutral werden und sie muss die mit der Digitalisierung einhergehenden  
777 Umbrüche zielgerichtet gestalten. Nur wenn wir diese Herausforderungen annehmen,  
778 wird es gelingen, Unternehmen zukunftssicher aufzustellen, Arbeitsplätze zu  
779 erhalten und neue zu schaffen sowie klimagerechten Wohlstand zu gestalten. Viel  
780 zu lange haben CDU- und SPD-geführte Regierungen in Bund und Land versucht, etwa  
781 der für Niedersachsen besonders wichtigen Automobilindustrie zu ermöglichen,  
782 weiterhin auf Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren zu setzen, obwohl dieser  
783 Antrieb keine Zukunft hat. Das Beharren auf dem Status quo verbaut die Chancen  
784 von morgen: Wir GRÜNEN wollen, dass Niedersachsen vom Land der  
785 Verbrennungsmotoren zum Vorreiter der klimagerechten Mobilität wird.

786 Gleiches gilt für die zweite zentrale Herausforderung für die Wirtschaft unseres  
787 Landes, die Digitalisierung. Der Zugang zu schnellem und leistungsfähigem  
788 Internet entscheidet schon heute über die Chancen von Unternehmen. Unser Ziel  
789 ist daher eine gute digitale Infrastruktur in allen Teilen des Landes. Der Abbau  
790 von überflüssiger Bürokratie und Beschleunigung von Genehmigungen ist der  
791 Koalition aus SPD und CDU nicht gelungen. Im Gegenteil wurde durch unklare  
792 Zuständigkeiten, Kompetenzstreit, Misstrauen und fehlende Ansprechpartner\*innen  
793 in den Behörden eher zusätzliche Bürokratie aufgebaut und der  
794 Wirtschaftsentwicklung geschadet. Wir GRÜNEN identifizieren zusammen mit der  
795 Wirtschaft überflüssige Regelungen, Doppel- und Mehrfacherfassungen und  
796 Kontrollen, unzureichende Personalausstattungen in Behörden sowie unklare  
797 Zuständigkeiten und bauen sie gemeinsam ab. Auch hier kann die Bündelung und  
798 Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gerade auch bei der sozial-ökologischen  
799 Transformation der Wirtschaft helfen.

800 Denn viele Unternehmen und ihre Beschäftigten haben sich bereits auf den Weg  
801 gemacht und gestalten den Wandel hin zu einer klimaneutralen und digitalen  
802 Wirtschaft. Aufgabe der Politik ist es, einen klaren unbürokratischen und  
803 verlässlichen Rahmen für langfristige Planungs- und Investitionssicherheit zu  
804 setzen, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu fördern, eine gute öffentliche  
805 Infrastruktur bereitzustellen, die Unternehmen bei der Sicherung ihres  
806 Fachkräftebedarfs zu unterstützen und den Arbeitnehmer\*innen die Sicherheit zu  
807 geben, bei der immer wichtiger werdenden Fort- und Weiterbildung gefördert zu  
808 werden und sozial abgesichert zu sein. Damit all das gelingt, gestalten wir  
809 GRÜNEN mit den Menschen in Niedersachsen den ökologisch-sozialen Umbau unserer  
810 Wirtschaft.

811 **Den Umbau des Industriestandorts Niedersachsen unterstützen**

812 Unser Ziel ist es, den Industriestandort zu erhalten und weiterzuentwickeln.  
813 Fast 570.000 Menschen sind in den Industriebetrieben in ganz Niedersachsen  
814 beschäftigt. Vor allem der Fahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie, die Chemie-  
815 und Metallindustrie spielen in unserem Land eine zentrale Rolle. Damit das so  
816 bleibt, muss sich vieles ändern. Unsere Industrie und damit eine der zentralen  
817 wirtschaftlichen Lebensadern Niedersachsens muss aus Gründen des Klimaschutzes,  
818 aber auch zur Sicherung ihrer Stellung im internationalen Wettbewerb  
819 klimaneutral werden. Durch die GRÜNE Regierungsbeteiligung im Bund entstehen  
820 endlich neue Möglichkeiten und die notwendigen Impulse für den Umbau der

821 Industrie. Diese Maßnahmen werden wir in Niedersachsen durch gezielte  
822 Wirtschafts-förderung des Landes unterstützen. Wir GRÜNEN wollen Niedersachsen  
823 gemeinsam mit den Unternehmen und ihren Beschäftigten zu einer Vorreiterin für  
824 den ökologisch-sozialen Umbau entwickeln.

825 Für den notwendigen Umbau werden wir Fördermittel, Konjunkturprogramme und  
826 Investitionszuschüsse konsequent an den Umwelt- und Klimazielen sowie an das  
827 Ziel der Beschäftigungssicherung koppeln. Ein wichtiger Impulsgeber hierfür ist  
828 die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen, die wir stärken und  
829 weiterentwickeln werden, damit sie dieser Funktion gerade bei der Beratung und  
830 Förderung von Unternehmen zukünftig noch besser gerecht werden kann. Bestehende  
831 Förderkulissen gilt es so umzugestalten, dass sie möglichst effektiv genutzt  
832 werden können.

833 Mit Volkswagen setzt der führende Automobilkonzern Deutschlands endlich auf  
834 klimaneutrale E-Autos. Wir unterstützen den geplanten Umbau der VW-Standorte zu  
835 effizienten Produktionsstätten für E-Autos und die geplante Gigafactory für  
836 Batterien in Salzgitter. Hier gilt es zukünftig die Beteiligung des Landes an  
837 Volkswagen noch gezielter zu nutzen, um eine nachhaltige Entwicklung zu  
838 befördern und den Umbau zu einem Mobilitätskonzern voranzutreiben. Zudem müssen  
839 die guten Ansätze des Batterie-Recyclings, die es in Niedersachsen gibt,  
840 ausgebaut werden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass spätestens ab 2030 keine  
841 neuen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren für fossile Brennstoffe mehr zugelassen  
842 werden (vgl. Mobil in Niedersachsen).

843 Zur Wahrheit gehört aber auch: Viele mittelständische Zulieferbetriebe verlieren  
844 mit dem Aus der Verbrennungsmotoren ihr bisheriges Geschäftsfeld, sodass sich  
845 Unternehmen komplett umstellen müssen. Wir GRÜNEN wollen diese Betriebe und ihre  
846 Beschäftigten mit Investitionshilfen, Bürgschaften und Weiterbildungs- und  
847 Qualifizierungsangeboten dabei unterstützen, sich mit neuen Produkten  
848 zukunftsfähig aufzustellen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

849 Gerade im Bereich der energieintensiven Metall- und Chemieindustrie wird es  
850 darum gehen, die Dekarbonisierung voranzutreiben und auch über Niedersachsen  
851 hinaus eine Vorreiterrolle einzunehmen. Hierzu hat beispielsweise in der  
852 Stahlindustrie bereits ein Umdenken hin zu energieeffizienten Verfahren und die  
853 Nutzung sauberer Energieformen eingesetzt, das wir GRÜNEN weiter fördern und  
854 intensivieren werden. Eine Kernherausforderung wird es sein, diese  
855 Industriezweige mit ausreichend grünem Wasserstoff zu versorgen. Hierfür werden  
856 wir die Standortvorteile Niedersachsens nutzen und den Aufbau einer  
857 entsprechenden Infrastruktur fördern. Dazu gehören Anlagen zur Produktion von  
858 Wasserstoff sowie die Infrastruktur zu dessen Transport (vgl. Energiewende  
859 gestalten). Um die Bedarfe unserer Industrie zu decken, ist in erheblichem Maße  
860 auch der Import von grünem Wasserstoff erforderlich. Hierfür besitzt  
861 Niedersachsen mit dem Jade-Weser-Port gute Voraussetzungen. Wir planen, den  
862 Standort Wilhelmshaven zu einer Drehscheibe für erneuerbare Energien in  
863 Deutschland und Westeuropa zu entwickeln.

864 Eine CO<sub>2</sub>-neutrale Industrie wird mindestens für eine Übergangszeit einen  
865 Außenschutz brauchen, um sie vor Wettbewerbsnachteilen z. B. durch den Import  
866 von mit klimaschädlicher Kohle produziertem Stahl zu schützen. Daher  
867 unterstützen wir GRÜNEN den von der EU-Kommission in ihrem Programm Fit for 55  
868 geplanten Grenzausgleichsmechanismus.

869 Nachhaltiges Wirtschaften ist kein Selbstläufer. Die Orientierung der  
870 Unternehmen zu einer nachhaltigen Produktion, weniger Energieverbrauch,  
871 zukunftsfähigen Produkten und zu einer ebenfalls zukunftsfähigen, digital  
872 unterstützten Produktion muss vom Land mit Beratungsangeboten und  
873 Investitionszuschüssen begleitet und unterstützt werden. Denn gerade die vielen  
874 kleineren Unternehmen sind mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen  
875 häufig damit überfordert, in ihrem Betrieb ein umfassendes nachhaltiges  
876 Wirtschaften zu etablieren.

### 877 **Transformation aktiv gestalten - Ein Zukunftsfonds für die Transformation der** 878 **Industrie**

879 Damit der Umbruch der Wirtschaft hin zu Klimaneutralität gelingt, müssen Bund,  
880 Land, Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften zusammen daran arbeiten und ihre  
881 ganze Kraft und Expertise einbringen. Wir wollen einen Transformationsgipfel  
882 machen, der die Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten mit den Bedarfen und  
883 Planungen der Wirtschaft zusammenbringt. Während VW mit eigenen Akademien und  
884 viel Kapital Umbruchprozesse auch eigenständig organisieren kann und vor allem  
885 darauf angewiesen ist, dass der Staat die Schaffung benötigter Infrastruktur für  
886 beispielsweise die Energieversorgung vorantreibt, sind gerade kleinere  
887 Unternehmen auch auf Angebote zur Weiterqualifikation oder Unterstützung bei der  
888 Organisation des Umbruchs angewiesen. Hier wollen wir, dass der Staat aktiv  
889 vorangeht und klärt, wie dieser Umbruch gemeinsam gelingen kann. Die zentrale  
890 Herausforderung der klimaneutralen Ausrichtung unserer Wirtschaft und  
891 insbesondere unserer Industrie wird in den nächsten Jahren massiv Fahrt  
892 aufnehmen. Wir GRÜNE wollen Niedersachsen als Industrieland erhalten - mit  
893 starken Unternehmen, die hochwertige Produkte herstellen und gute Arbeitsplätze  
894 bieten. Hier ist das Land auch deshalb in der Pflicht, weil politische  
895 Fehlanreize eine absehbar notwendige Neuausrichtung in vielen Unternehmen  
896 verzögert haben – etwa das viel zu lange Festhalten von SPD und CDU am  
897 Verbrennungsmotor. Nun ist der Handlungsdruck gewaltig.

898 Für die Einführung klimaneutraler Prozesse und nachhaltiger Geschäftsmodelle  
899 brauchen Industrieunternehmen in Niedersachsen in den kommenden Jahren große  
900 Mengen Kapital. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Neugründungen  
901 stehen vor der Herausforderung, neben Fremdkapital (Kredit) auch die  
902 erforderliche Eigenkapitalbasis sicherzustellen, um mehrjährige  
903 Transformationsprozesse zu meistern.

904 Aus diesem Grund wollen wir in den kommenden Jahren einen groß angelegten  
905 „Zukunftsfonds Niedersachsen“ schaffen, um in die sozial und ökologisch  
906 nachhaltige Entwicklung der Niedersächsischen Wirtschaft zu investieren. Der  
907 Fonds soll nach marktüblichen Konditionen eine stille Beteiligung an Unternehmen  
908 ermöglichen, die ihre Produktionsweise zukunftsfähig umgestalten und  
909 Neugründungen mit besonders nachhaltigem Geschäftsmodell durch Wagniskapital  
910 fördern. Dabei denken wir den Zukunftsfonds von Beginn an zusammen mit anderen  
911 Fördermöglichkeiten wie Krediten und Zuschüssen.

912 Für die Anschubfinanzierung des Zukunftsfonds wollen wir öffentliches Geld  
913 einsetzen. Mittelfristig wird sich der Zukunftsfonds aus seiner  
914 Investitionstätigkeit heraus selbst tragen.

### 915 **Klimaschutz braucht Handwerk - Fachkräfteinitiative für den ökologisch-sozialen** 916 **Wandel**

917 Das Handwerk leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeits- und  
918 Ausbildungs-plätzen, trägt entscheidend zur ökologischen Modernisierung unseres  
919 Landes bei und stärkt regionale Wertschöpfungsketten. Ob die energetische  
920 Sanierung unserer Häuser, die Installation von Anlagen zur Erzeugung und  
921 Speicherung erneuerbarer Energien, der Bau dringend benötigter Wohnungen oder  
922 der Ausbau der digitalen Infrastruktur: Nichts geht ohne das Handwerk. Eine  
923 zentrale Herausforderung für das Handwerk ist die Sicherung des  
924 Fachkräftebedarfs. Etwa ein Fünftel der angebotenen Ausbildungsstellen im  
925 Handwerk kann aktuell nicht besetzt werden. Zentrales Element bei der  
926 Fachkräftesicherung unseres Handwerks ist die duale Ausbildung. Wir GRÜNEN haben  
927 diese Herausforderung im Blick und starten gemeinsam mit dem Handwerk eine große  
928 Ausbildungs- und Umschulungsinitiative und machen diesen Bereich attraktiver.  
929 Dazu wollen wir auch die Bildungsstätten des Handwerks stärken. (vgl. Gute  
930 Ausbildung und Wissenschaft gestaltet Zukunft).

931 Neben der Gewinnung von Auszubildenden muss es zur Sicherung des  
932 Fachkräftebedarfs im Handwerk gelingen, die Mitarbeiter\*innen im stärkeren Maße  
933 im erlernten Beruf zu halten. Aktuell wandern rund zwei Drittel der im Handwerk  
934 ausgebildeten Mitarbeiter\*innen in andere Bereiche ab. Wesentlicher Grund dafür  
935 ist die im Vergleich zur Industrie niedrige Bezahlung. Deshalb stehen BÜNDNIS  
936 90/DIE GRÜNEN für Tarifbindung auch im Handwerk: Unter GRÜNER  
937 Regierungsbeteiligung in Niedersachsen haben wir bereits erreicht, dass die  
938 Tariftreue Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge ist. Darüber  
939 hinaus planen wir, die Innungen über eine Änderung der Handwerksordnung zu  
940 verpflichten, nur noch tarifgebundene Betriebe aufzunehmen (vgl. Gute Arbeit in  
941 Niedersachsen). Um Frauen im Handwerk zu stärken, setzen wir uns für eine Reform  
942 des Mutterschutzes für Selbstständige ein.

943 Nach Untersuchungen des Zentralverbandes des deutschen Handwerks ist jede\*r  
944 vierte Betriebsinhaber\*in über 60 Jahre alt. Um die Betriebsnachfolge möglichst  
945 problemlos zu gestalten, wollen wir GRÜNEN die Beratung und Unterstützung  
946 verbessern und ein besonders zinsgünstiges Übernahmedarlehen über die N-Bank zur  
947 Verfügung stellen. Das gleiche gilt für die Förderung von Existenzgründungen und  
948 Start-ups (vgl. Start-ups gezielt fördern). Um die Übernahme des Betriebes durch  
949 Mitarbeiter\*innen zu erleichtern, setzen wir uns für einen Ausbau der  
950 Mitarbeiter\*innenbeteiligung als Instrument der Unternehmensnachfolge ein.

### 951 **Umbau der Energieversorgung schafft Arbeit**

952 Wir GRÜNEN wollen die Energiewende gestalten, den Ausbau der erneuerbaren  
953 Energien vorantreiben und damit zugleich neue Geschäftsmodelle und gute  
954 Arbeitsplätze in Niedersachsen schaffen. Schon heute arbeiten über 50.000  
955 Menschen direkt im Bereich der erneuerbaren Energien. Durch den Ausbau der  
956 Nutzung von Wind und Sonne entstehen neue Arbeitsplätze in der Industrie: für  
957 die Projektierung der Anlagen, in der Installation, der Wartung und für den  
958 laufenden Betrieb. Im Bereich der Energieeffizienz, bei Herstellung und Einbau  
959 von Wärmepumpen sowie der Gebäudesanierung entstehen durch die Energiewende  
960 Tausende neue Arbeitsplätze. Auch die erforderlichen Maßnahmen zur Bau-, Wärme-  
961 und Verkehrswende sind Jobmotoren. Wir GRÜNEN werden diese Entwicklung  
962 konsequent vorantreiben und dabei die Arbeitnehmer\*innen beim Erwerb neuer oder  
963 zusätzlicher Qualifikationen unterstützen.

### 964 **Digitalisierung gestalten**

965 Flächendeckendes schnelles Internet ist essentiell für die wirtschaftliche  
966 Entwicklung unseres Landes. Dass es vor allem im ländlichen Raum noch immer  
967 große Bereiche ohne schnelles Internet gibt, ist ein nicht länger hinnehmbares  
968 Hemmnis: Unternehmen verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit und werden abgehängt.  
969 Zudem führt die damit häufig einhergehende fehlende Home-Office-Möglichkeit für  
970 die dort lebenden Menschen dazu, dass sie sich gezwungen sehen, vom Land in die  
971 Stadt zu ziehen. Das muss sich dringend ändern und ein guter Breitbandausbau  
972 Teil der Daseinsvorsorge werden. Ziel ist es, auch die letzten weißen Flecken  
973 ans Netz zu bringen. Daher werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen,  
974 dass die entscheidenden Weichen für einen flächendeckenden Glasfaseranschluss  
975 und schnelles mobiles Internet gestellt werden. In Niedersachsen müssen Land,  
976 Kommunen und Netzanbieter Hand in Hand arbeiten, um neue Modelle zum Ausbau und  
977 zur Sicherstellung einer angemessenen Breitband- und Mobilfunkversorgung auf den  
978 Weg zu bringen. Dazu wollen wir in Niedersachsen eine Landesnetzgesellschaft  
979 schaffen, die Kommunen dort unterstützt, wo durch Marktmechanismen kein  
980 ausreichender Netzausbau erreicht werden kann. Unser Ziel ist es, mit gezielter  
981 Förderung, dem Abbau bürokratischer Hürden und einer Stärkung von  
982 Betreibermodellen einen Glasfaseranschluss an jedes Haus zu bringen.

### 983 **Start-ups gezielt fördern**

984 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue  
985 Gründer\*innenwelle. Aktuell ist Niedersachsen bei den Unternehmensgründungen im  
986 Vergleich der Bundesländer bestenfalls Mittelmaß. Das ändern wir GRÜNEN. In  
987 enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Wirtschaftsförderung entlasten wir  
988 Gründer\*innen insbesondere in der Aufbauphase. Statt sich durch ein  
989 Verwaltungsdickicht quälen zu müssen, sollen sie Informationen, Beratung und die  
990 Möglichkeit zur Anmeldung an einer zentralen Anlaufstelle erhalten. Das  
991 Gründer\*innenstipendium der N-Bank wollen wir ausbauen, denn die bisher über  
992 einen Zeitraum von höchstens acht Monaten gewährten maximal 2.000 Euro pro Monat  
993 reichen nicht aus, um die laufenden Kosten der Gründung und den Lebensunterhalt  
994 in der Gründungsphase zu sichern. Besonders Frauen wollen wir damit ansprechen,  
995 denn sie haben es weiterhin besonders schwer, an Startkapital und Unterstützung  
996 zu gelangen.

997 Gemeinsam mit den Hochschulen sorgen wir zudem dafür, dass neue Erkenntnisse und  
998 Ideen durch einen Ausbau des Transfers und eine Stärkung der Gründungsberatung  
999 gezielt in Geschäftsideen umgesetzt werden können. Um die Lücken bei der  
1000 Verfügbarkeit von Gründungskapital zu schließen, werden wir einen Kapitalfonds  
1001 für nachhaltige und innovative Gründungen schaffen. Wir wollen privates  
1002 Wagniskapital aktivieren, mit dem auch größere Investitionen, z. B. in den  
1003 Bereichen Greentech, künstliche Intelligenz, nachhaltige und smarte Mobilität,  
1004 Kommunikations- und Biotechnologie abgesichert werden können. Zusätzlich werden  
1005 wir die Möglichkeit der zeitlich begrenzten Teilhaberschaft des Landes anbieten.

### 1006 **Nachhaltigen Tourismus fördern**

1007 Der Tourismus hat für die niedersächsische Wirtschaft eine große Bedeutung und  
1008 trägt in einem nicht unerheblichen Maße zur Wertschöpfung des Landes bei. Fast  
1009 300.000 Menschen sind landesweit direkt oder indirekt in dieser Branche  
1010 beschäftigt. Die allgemeinen Nachfragetrends im Tourismus wie Nachhaltigkeit,  
1011 Individualität, mehr Outdoor-Aktivitäten oder Regionalität bieten Chancen für  
1012 die niedersächsische Tourismuswirtschaft, die wir GRÜNEN gezielt nutzen werden.  
1013 Ob die landschaftliche Vielfalt des Weserberglandes, die besondere Geologie des

1014 Osnabrücker Hügellandes, die kulturelle Landpartie im Wendland, das Grüne Band  
1015 oder der einzigartige Naturraum des Niedersächsischen Wattenmeeres: Die  
1016 naturräumlichen Besonderheiten der Regionen unseres Landes wollen wir noch  
1017 stärker herausstellen und für nachhaltigen sowie naturnahen Tourismus nutzbar  
1018 machen. Gleichzeitig gilt es, die Anreise mit dem ÖPNV attraktiver zu machen und  
1019 den Aufenthalt selbst nachhaltig zu gestalten. Hierfür ist eine solide und  
1020 konstante Finanzausstattung unserer Tourismuskommunen unerlässlich.

### 1021 **Lebendige Innenstädte mit vielfältigem Einzelhandel**

1022 Beschleunigt durch die Corona-Pandemie gerät der stationäre Einzelhandel  
1023 zunehmend durch den rasant wachsenden Onlinehandel unter Druck. Unsere  
1024 Innenstädte, die stark vom Einzelhandel geprägt sind, geraten dadurch zunehmend  
1025 in Schwierigkeiten und drohen in Teilen zu veröden. Versuche, das Bestehende  
1026 lediglich zu konservieren, werden auch hier nicht funktionieren. Unsere Kommunen  
1027 und der stationäre Einzelhandel stehen vor der Herausforderung, die  
1028 Aufenthaltsqualität in den Innenstädten zu steigern, um so einen real erlebbaren  
1029 Mehrwert zu schaffen, der das Einkaufen in der Innenstadt attraktiv macht. Wir  
1030 GRÜNEN werden die Kommunen dabei unterstützen, ihre Innenstädte mit gemischten  
1031 Nutzungen aus Gastronomie, Kultur, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen aufzuwerten  
1032 (vgl. Attraktive Städte, lebendige ländliche Räume).

### 1033 **Kultur- und Kreativwirtschaft stärken**

1034 Die Kultur- und Kreativwirtschaft Niedersachsens beschäftigte vor der Pandemie  
1035 über 100.000 Menschen, die nicht nur künstlerische Qualität schaffen und für  
1036 kulturelle Vielfalt sorgen, sondern mit ihren Impulsen auch wirtschaftliche  
1037 Innovationen anregen und Wertschöpfung erbracht haben. Damit gehörte sie zu den  
1038 leistungsstärksten und personalintensivsten Branchen Niedersachsens. Die Corona-  
1039 Pandemie hat jedoch gerade diese Branche besonders heftig getroffen und viele  
1040 Arbeitsplätze vernichtet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Akteur\*innen der  
1041 Kreativwirtschaft besser vernetzen und innovative Projekte sowie die Gründung  
1042 von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen und  
1043 gemeinsam mit den Kommunen diesen wichtigen Wirtschaftszweig wieder stärken. Nur  
1044 so kann die kulturelle Landschaft in Niedersachsen wieder zu dem werden, was sie  
1045 vor der Pandemie war (vgl. Niedersachsens Kultur).

### 1046 **Medienstandort Niedersachsen beleben**

1047 Niedersachsen ist ein Medienstandort mit hohem Entwicklungspotenzial. Das gilt  
1048 sowohl für die Filmproduktion als auch die wachsende Games-Branche. Leider  
1049 vernachlässigt die Landesregierung jedoch diesen wichtigen Wirtschaftszweig mit  
1050 hochwertigen Arbeitsplatzpotenzialen. Die Branche fordert eine stärkere  
1051 Medienpolitik und bessere Förderbedingungen in Niedersachsen. Eine ARD-  
1052 Produktion wie die „Roten Rosen“ in Lüneburg bringt nicht nur enorme  
1053 Beschäftigungseffekte in der Region, sondern stärkt auch den Tourismusstandort –  
1054 ebenso Krimiserien aus dem Wendland, Hannover, dem Harz, aus Göttingen oder  
1055 Ostfriesland. Wir wollen daher mehr Serien, Filmproduktionen und Dokumentationen  
1056 aus Niedersachsen und die Filmförderung weiter verstetigen. Auch die kreative  
1057 Computerspieleentwicklung mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen verdient  
1058 mehr Aufmerksamkeit der Landesregierung und sollte durch einen eigenen  
1059 Fördertopf und konkrete Ansprechpartner\*innen gestärkt werden.

### 1060 **Frauen in der Wirtschaft fördern**

1061 In den letzten Jahren sind immer mehr Frauen erwerbstätig. Das ist nicht nur für  
1062 die Unternehmen und die Fachkräftegewinnung von Vorteil, sondern auch für die  
1063 Frauen selbst – so können sie selbstbestimmt leben und eine Absicherung für das  
1064 Alter aufbauen. Dabei sorgen wir aber dafür, dass Frauenerwerbstätigkeit in  
1065 Zukunft weniger zur Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen wird, sondern Haus-  
1066 und Sorgearbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird (vgl.  
1067 Gleichstellung und Feminismus). Unter anderem mit weiteren Koordinierungsstellen  
1068 Frau und Beruf unterstützt das Land Frauen, die in das Berufsleben (zurück)  
1069 wollen. Frauen sind aber auch in der privaten Wirtschaft insbesondere in  
1070 Leitungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Für uns GRÜNE ist das nicht  
1071 nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern zugleich eine zentrale  
1072 Herausforderung für die ökonomische Entwicklung unseres Landes. Frauen und  
1073 Männer müssen sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst  
1074 gleichberechtigt teilhaben können. Auf dieser Basis soll ihnen gleichzeitig die  
1075 Teilhabe am Familienleben, der Hausarbeit und Freizeit ermöglicht werden. Die  
1076 Aufsichts- und Verwaltungsräte, die das Land bei seinen Beteiligungen besetzen  
1077 darf, planen wir paritätisch zu besetzen. Bei Unternehmen mit Landesbeteiligung  
1078 werden wir unseren Einfluss dafür einsetzen, um diese Parität zu erreichen.  
1079 Außerdem sind Migrantinnen und Frauen mit Behinderung oft in zweifacher Hinsicht  
1080 benachteiligt, wenn es darum geht, eine qualifikationsgerechte und angemessen  
1081 bezahlte Beschäftigung zu finden. Daher wollen wir ihre Integration in den  
1082 Arbeitsmarkt fördern. Wir unterstützen Unternehmen, öffentliche Verwaltung und  
1083 Verbände dabei, sich dieser Zielgruppe stärker zu öffnen, denn davon profitieren  
1084 wir als gesamte Gesellschaft.

#### 1085 **Die Chancen der niedersächsischen Häfen nutzen**

1086 Mit dem 2012 in Betrieb genommenen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven verfügt  
1087 Niedersachsen über den einzigen deutschen Tiefwasserhafen, der tideunabhängig  
1088 selbst von den größten Containerschiffen angelaufen werden kann. Weitere  
1089 Flussvertiefungen sind damit überflüssig. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen,  
1090 dass die Hafenkonzurrenz der norddeutschen Bundesländer, die sowohl Umwelt als  
1091 auch Steuerzahler\*innen unnötig belastet, endlich zugunsten eines norddeutschen  
1092 Hafenkonzepts beendet wird. Wir entwickeln den Standort Wilhelmshaven zu einer  
1093 Drehscheibe für erneuerbare Energien in Deutschland und Westeuropa. Wir werden  
1094 uns ebenfalls dafür einsetzen, Elektrolyse-Anlagen zur Erzeugung von grünem  
1095 Wasserstoff am Standort Wilhelmshaven zu realisieren und diesen über das bereits  
1096 vorhandene Leitungsnetz zu den Verbrauchsschwerpunkten zu transportieren. Am  
1097 Standort Cuxhaven werden wir gezielt die Chancen des weiteren Ausbaus der  
1098 Offshore-Windkraft nutzen. Nachdem die Pläne zur Errichtung eines Offshore-  
1099 Basishafens in Bremerhaven gescheitert sind, kommt Cuxhaven für die  
1100 Wiederbelebung des Ausbaus der Offshore-Windenergie eine große Bedeutung zu.  
1101 Diese Chance für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Hafenstandortes  
1102 Cuxhaven wollen wir nutzen.

1103 Damit der Hafenstandort Wilhelmshaven seine Funktion erfüllen kann, muss die  
1104 Bahnanbindung weiter verbessert werden. Neben den niedersächsischen Seehäfen  
1105 verfügen auch unsere Binnenhäfen über erhebliche Potenziale zur Verlagerung des  
1106 Güterverkehrs auf die umwelt- und klimafreundlichen Verkehrsträger Schiff und  
1107 Schiene. Diese Potenziale wollen wir durch den gezielten Ausbau unserer  
1108 Binnenhäfen zu trimodalen Logistik-Hubs nutzen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

#### 1109 **Gesundheitswirtschaft gemeinsam mit Sozialwirtschaft stärken**

1110 Mit einer älter werdenden Gesellschaft sind positive Aspekte wie eine stetig  
1111 steigende Lebenserwartung verbunden, aber auch zahlreiche Herausforderungen im  
1112 Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung. Dies gilt in besonderem Maße  
1113 auch für die Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen. Die industrielle  
1114 Gesundheitswirtschaft und der Life-Science-Bereich sind schon heute ein  
1115 wichtiger Jobmotor in Niedersachsen. Für die Entwicklung neuer Verfahren und  
1116 innovativer Produkte im Bereich der Gesundheitstechnik setzen wir auf eine  
1117 verbesserte Zusammenarbeit der Unternehmen mit Forschungseinrichtungen und  
1118 Hochschulen sowie eine Stärkung des Transfers (vgl. Wissenschaft macht Zukunft).

#### 1119 **Wirtschaftsfaktor Daseinsvorsorge – für starke kommunale Unternehmen**

1120 Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen ein  
1121 Fundament des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen. Mit rund 275.000 Beschäftigten  
1122 werden jährlich knapp 120 Milliarden Euro erwirtschaftet und 12 Milliarden Euro  
1123 investiert. Nicht nur als Wirtschaftsfaktor, auch für die Daseinsvorsorge sind  
1124 kommunale Unternehmen wichtig: für sauberes Trinkwasser, moderne und effektive  
1125 Bildungsangebote, ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz sowie für den  
1126 Ausbau digitaler Angebote. Hinzu kommen Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung und  
1127 Energieversorgung. Wir GRÜNEN wollen, dass die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge  
1128 in kommunaler Hand sind und bleiben. Dazu gehören auch kommunale Krankenhäuser.  
1129 Diese Aufgabenfelder nicht dem kurzfristigen Gewinnstreben zu unterwerfen und  
1130 sie demokratisch zu kontrollieren, ist ein hohes Gut und wichtig für die  
1131 Qualität der Leistung.

1132 Deshalb erweitern wir die Möglichkeiten der Kommunen, sich wirtschaftlich im  
1133 Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge und der nachhaltigen Entwicklung zu  
1134 betätigen. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die beispielsweise ihre  
1135 Stromversorgung mit kommunalen Versorgungsbetrieben gewährleisten oder ihre  
1136 Krankenhäuser rekommunalisieren wollen. Zudem unterstützen wir die kommunalen  
1137 Wasserversorger in ihrem Bemühen, die Bürger\*innen mit qualitativ hochwertigem  
1138 Trinkwasser kostengünstig zu versorgen. Deshalb werden wir einen Vorrang der  
1139 öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungen im Wassergesetz verankern.  
1140 Angesichts der Klimakrise wird es zudem erforderlich sein, dass regionale  
1141 Wasserversorger neue Trinkwassergewinnungsgebiete erschließen und die Entnahmen  
1142 aus den bestehenden Gewinnungsgebieten anpassen. Wir GRÜNEN werden sie dabei  
1143 unterstützen und die Genehmigungsverfahren für derartige Vorhaben beschleunigen.

#### 1144 **Raus aus der Wegwerfgesellschaft – Kreislaufwirtschaft stärken**

1145 Wir wollen Masse durch Qualität und Reparaturfähigkeit ersetzen und Ressourcen  
1146 schonen. Während auf der einen Seite immer weiter Abfall produziert wird, werden  
1147 auf der anderen Seite viele Stoffe immer knapper. Wir GRÜNEN wollen raus aus der  
1148 Wegwerfgesellschaft – für das Klima, die Umwelt und unsere Lebensqualität. Mit  
1149 einer starken Kreislaufwirtschaft, in der wir ressourcensparend mit unseren  
1150 Rohstoffen umgehen und jeder Stoff wiederverwertet wird, verringern wir zudem  
1151 die Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Wo der Import kurz- und mittelfristig  
1152 nicht zu vermeiden ist, setzen wir uns unter anderem für zertifizierte  
1153 Lieferketten und damit für ökologische, soziale und Menschenrechtsstandards ein.

1154 Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass in Privathaushalten sogar noch mehr  
1155 Abfälle anfallen als zuvor. Wir stoppen diese Ressourcenverschwendung und  
1156 streben als Ziel Zero Waste an. Dazu unterstützen wir Zero-Waste-Projekte, die  
1157 Umsetzung von Konzepten für plastikfreie Kommunen, Mehrwegkonzepte für den  
1158 Liefer- und Versandhandel und prüfen die Umsetzung eines niedersachsenweiten To-



1159 Go-Mehrwegsystems für die Außer-Haus-Verpflegung. Wir setzen uns auf Bundes- und  
1160 EU-Ebene dafür ein, dass Produkte so hergestellt werden, dass sie lange nutzbar,  
1161 reparierbar und einfach recycelbar sind sowie dass unnötige Verpackungen der  
1162 Vergangenheit angehören. Dazu begrüßen wir auch die Ankündigung der neuen  
1163 Bundesregierung, höhere Recycling-Quoten, einheitliche Standards für recyceltes  
1164 Plastik und verbindliche Anteile von Rezyklaten in Verpackungen festzuschreiben.  
1165 Außerdem unterstützen wir die Gründung von Repair-Werkstätten und -Cafés, damit  
1166 Menschen einen geeigneten Raum haben, um sich bei Reparaturen gegenseitig zu  
1167 helfen. Das fördert auch das soziale Miteinander in der Nachbarschaft.

#### 1168 **Regionale Wertschöpfung und Wirtschaftskreisläufe stärken**

1169 Durch den Ausbau der Kreislaufwirtschaft stärken wir nachhaltige  
1170 Wertschöpfungsketten mit kurzen Wegen in den Regionen. Dies kann den von  
1171 Strukturwandel und von Abwanderung bedrängten ländlichen Räumen zu Gute kommen,  
1172 das Abwandern von Gewinnen verhindern und mehr Unabhängigkeit und Stabilität  
1173 gegenüber globalen Entwicklungen und Krisen schaffen. Gute Beispiele gibt es  
1174 bereits viele: Dörfer, die ihre erneuerbare Energie vor Ort erzeugen oder  
1175 Gemeinschaftsläden, in denen Landwirt\*innen vor Ort ihre Produkte verkaufen.  
1176 Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken den Mittelstand und sind gleichzeitig  
1177 auch ein wichtiger Beitrag für mehr Nachhaltigkeit. Wir GRÜNEN fördern die  
1178 regionale Wertschöpfung durch Modellprojekte, die regionale Kreisläufe  
1179 etablieren oder stärken. So können wir die regionale Identifikation sowie  
1180 Arbeitsplätze erhalten und sie in überregionalen Strukturen und Netzwerken  
1181 absichern.

#### 1182 **Wirtschaftlichen Erfolg umfassend bilanzieren**

1183 Die klassischen volkswirtschaftlichen Kenngrößen wie das Bruttoinlandsprodukt  
1184 bzw. dessen Wachstum sind zumindest allein nicht in der Lage, die ökonomische  
1185 Situation unseres Landes umfassend abzubilden. Es müssen weitere Kenngrößen wie  
1186 der Ressourcenverbrauch, die Nachhaltigkeit, die Durchlässigkeit unseres  
1187 Bildungssystems oder das Maß an sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft  
1188 hinzukommen. Hier liefert die Gemeinwohlökonomie einen Bilanzierungsansatz, der  
1189 abbildet, inwieweit Unternehmen dem Gemeinwohl dienen. Wir bringen das Modell  
1190 der Gemeinwohlbilanzierung voran, indem wir für Unternehmen, an denen das Land  
1191 beteiligt ist, eine Gemeinwohlbilanzierung anregen. Darüber hinaus wollen wir  
1192 private Unternehmen jeder Größe finanziell dabei unterstützen, ihre  
1193 Gemeinwohlorientierung zu bilanzieren.

#### 1194 **5. Gute Arbeit in Niedersachsen**

1195 Wir GRÜNEN stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein  
1196 selbstbestimmtes Leben führen und Verantwortung füreinander übernehmen. Die  
1197 klimagerechte Transformation unserer Wirtschaft muss auch eine soziale sein. Wir  
1198 begnügen uns nicht damit, finanzielle oder soziale Notsituationen abzufedern,  
1199 sondern haben das Ziel, diese zu beenden. Die Grundpfeiler GRÜNER Arbeitsmarkt-  
1200 und Sozialpolitik sind gute Arbeit, Absicherung und Beratung bei  
1201 Arbeitslosigkeit, Teilhabe für alle und eine starke Daseinsvorsorge.

#### 1202 **Gute Arbeit im Wandel absichern**

1203 Gute Arbeit ist von höchster Bedeutung, um Menschen vor Armut zu schützen und  
1204 ihre aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern. Der Wohlstand in unserem  
1205 Land wird erst durch viele arbeitende Menschen erwirtschaftet. Wir GRÜNEN

1206 wollen, dass alle arbeitenden Menschen einen gerechten Anteil an der  
1207 Wertschöpfung erhalten.

1208 Der ökologisch-soziale Umbau, also die Abkehr von fossiler Energie, eine  
1209 umfassende Verkehrs- und Agrarwende sowie die Stärkung der öffentlichen  
1210 Daseinsvorsorge schaffen neue Arbeitsplätze, führen in einigen Branchen aber  
1211 auch zum Abbau von Arbeitsplätzen. Für diesen Wandel brauchen wir eine  
1212 strukturierte Folgenabschätzung und ein kontinuierliches Monitoring, aus dem  
1213 regelmäßig Maßnahmenvorschläge zur verbesserten Sozialverträglichkeit des  
1214 Transformationsprozesses abgeleitet werden. Wir GRÜNEN stehen dafür, dass gute  
1215 Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Tarifbindung und Mitbestimmung in allen  
1216 niedersächsischen Unternehmen selbstverständlich sind. Für betriebliche  
1217 Innovations- und Transferprozesse schaffen wir Beratungsmöglichkeiten, die die  
1218 Beschäftigten und die Mitbestimmungsstrukturen nachhaltig unterstützen. Wir  
1219 wirken darauf hin, dass in Betrieben Transformationsausschüsse eingerichtet und  
1220 tarifvertragliche Vereinbarungen zur Gestaltung der Transformation geschlossen  
1221 werden.

### 1222 **Landesweite Weiterbildungsstrategie umsetzen**

1223 Lebenslanges Lernen, Weiterbildung und Qualifizierung bilden die Basis für ein  
1224 erfülltes und wertschätzendes Berufsleben der Beschäftigten, stärken die  
1225 Innovationskraft der Wirtschaft und ermöglichen Resilienz in Zeiten des  
1226 Strukturwandels. Gerade in Transformationsprozessen ändern sich  
1227 Qualifikationsanforderungen im Laufe des Berufslebens immer schneller – der  
1228 Bedarf an Weiterbildungsangeboten steigt. Bisher bieten jedoch nur knapp die  
1229 Hälfte der Betriebe überhaupt Weiterbildungsmöglichkeiten an und erreichen damit  
1230 nur rund 40 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wir GRÜNEN  
1231 wollen, dass alle Beschäftigten ihr Wissen und ihre Kompetenzen regelmäßig  
1232 erweitern können und von der Digitalisierung profitieren. Wer sich neben der  
1233 Arbeit und der Familie weiterbildet, braucht dafür nicht nur Geld, sondern auch  
1234 Zeit. Wir streben daher ein Weiterbildungsgesetz an, mit dem der Anspruch von  
1235 Beschäftigten auf Freistellung von der Arbeitsleistung für die individuelle  
1236 berufliche Weiterbildung mit einem Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz garantiert  
1237 wird. Wir werden insbesondere die Beratung geringqualifizierter Beschäftigter  
1238 sowie kleiner und mittelständischer Betriebe ausbauen (vgl. Gute Ausbildung,  
1239 Erwachsenenbildung stärken).

### 1240 **Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen!**

1241 Mehr als 200.000 Menschen in Niedersachsen sind arbeitslos. Zudem wurden immer  
1242 mehr Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Arbeitslosigkeit  
1243 führt bei den Betroffenen zu leeren Geldbeuteln, sozialem Ausschluss und  
1244 Perspektivlosigkeit – was wiederum gesellschaftlichen Zusammenhalt und  
1245 Demokratie gefährdet. Von einer Realisierung des Menschenrechts auf Arbeit sind  
1246 wir meilenweit entfernt. Gleichzeitig fehlt es in vielen gesellschaftlich  
1247 relevanten Bereichen an Personal; insbesondere die ökologisch-soziale  
1248 Transformation wird aber nur funktionieren, wenn wir alle vorhandenen  
1249 gesellschaftlichen Ressourcen einbeziehen. Es wird Zeit für eine aktivere  
1250 Arbeitsmarktpolitik in Niedersachsen. Durch ein Recht auf Weiterbildung und den  
1251 Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit fairen Bedingungen gehen wir  
1252 GRÜNEN Arbeitslosigkeit gezielt an.

1253 Mit einem Landesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir darüber  
1254 hinaus Langzeitarbeitslose auf ihrem Weg in die Beschäftigung begleiten. Wir

1255 unterstützen gemeinnützige Träger und Kommunen dabei, Langzeitarbeitslose  
1256 einzustellen, indem wir die laut Teilhabechancengesetz vorgesehenen Eigenanteile  
1257 der Lohnkosten für sie übernehmen. Es gibt einen dringenden Bedarf an besseren  
1258 Beratungsleistungen für arbeitslose Menschen unabhängig vom Jobcenter. Die  
1259 vorhandenen Initiativen sind chronisch unterfinanziert – und vielerorts gibt es  
1260 überhaupt keine Angebote. Das wollen wir ändern und die Finanzierung der  
1261 unabhängigen Sozialberatung in den Arbeitslosenzentren vor Ort absichern.

### 1262 **Armut spürbar reduzieren**

1263 Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für  
1264 eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der  
1265 Bund zuständig. Aber gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbänden,  
1266 zivilgesellschaftlichen Initiativen und den Kommunen wollen wir gute Arbeit  
1267 stärken und Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung und  
1268 sorgen für mehr Tarifbindung. Wir drängen den Niedriglohnsektor zurück,  
1269 unterstützen Arbeitslose auf ihrem Weg in die Arbeitswelt und qualifizieren die  
1270 Fachkräfte von morgen. Wir schaffen Perspektiven für Jugendliche, ermöglichen  
1271 den kostenlosen Zugang zu Mieter\*innen-, Schuldner\*innen- und  
1272 Verbraucher\*inneninsolvenzberatung und vereinfachen Teilhabe für Menschen mit  
1273 wenig Geld. Unser Ziel ist, Ungleichheiten abzubauen, die soziale, kulturelle  
1274 und politische Teilhabe und ein Leben ohne Existenzängste zu ermöglichen. Wir  
1275 orientieren uns dabei an Reformszenarien wie dem Grundeinkommen als Perspektive  
1276 und unterstützen wissenschaftlich begleitete Feldforschung zur Wirksamkeit und  
1277 Finanzierbarkeit, Dazu kann die Evaluation eines niedersächsischen  
1278 Modellprojekts beitragen.

### 1279 **Den Niedriglohnsektor austrocknen – Tarifbindung stärken**

1280 Rund 20 Prozent der Deutschen arbeiten im Niedriglohnsektor – zu einem Lohn, der  
1281 ihnen weder ein Leben in Würde noch eine ausreichende Absicherung für das Alter  
1282 ermöglicht. Deswegen ist ein wichtiger Schritt, dass die neue Bundesregierung  
1283 den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Die Zahl der tarifgebundenen  
1284 Beschäftigungsverhältnisse hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Dabei  
1285 sind Tarifverträge der Schlüssel zu fairen Arbeitsbedingungen und Löhnen: Wer in  
1286 Niedersachsen nach Tarif bezahlt wird, hat jedes Jahr fast 4.000 Euro mehr im  
1287 Portemonnaie als nicht tarifgebundene Beschäftigte. Zusätzlich vermindern  
1288 Tariffucht und Lohndumping die öffentlichen Einnahmen: Sie führen zu jährlichen  
1289 Mindereinnahmen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro bei den  
1290 Sozialversicherungsbeiträgen und 3 Milliarden Euro bei der Einkommensteuer.  
1291 Allein für die niedersächsischen Kommunen bedeutet das 443 Millionen Euro an  
1292 Steuermindereinnahmen. Wir GRÜNEN wollen diesen Trend umkehren, für eine  
1293 Ausweitung der Tarifbindung in Niedersachsen sorgen und uns dafür einsetzen,  
1294 dass das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gesetzlich  
1295 gestärkt wird.

### 1296 **Einen inklusiven Arbeitsmarkt gestalten**

1297 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir  
1298 streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit  
1299 und ohne  
1300 Behinderung gemeinsam arbeiten. Wir begrüßen, dass auch die Ampelkoalition im  
1301 Bund daran arbeiten will, die Segregation auf dem Arbeitsmarkt zu verringern und  
1302 hierfür ein großes Bündel an Maßnahmen plant. Aber auch das Land Niedersachsen  
1303 kann einen Beitrag leisten. Die Landesbehörden müssen als Vorbild vorangehen und

1304 deutlich mehr schwer-behinderte Menschen beschäftigen. Zudem machen wir GRÜNEN  
1305 die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum  
1306 notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig wollen  
1307 wir die Hürden für Unternehmen senken, die Menschen mit Behinderung einstellen.  
1308 Die Rahmenbedingungen für Inklusionsbetriebe, also Betriebe des allgemeinen  
1309 Arbeitsmarktes, die zwischen 30 – 50 Prozent Menschen mit Behinderungen  
1310 beschäftigen, werden wir verbessern. Wir stärken Beratung und Förderung von  
1311 Menschen mit Behinderung beim Berufseinstieg und treiben dazu auch die  
1312 Evaluierung der Bedarfsermittlung der einzelnen Trägerorganisationen voran. Wir  
1313 GRÜNEN werden dafür sorgen, dass das System der Werkstätten deutlich  
1314 durchlässiger wird. Es darf nicht sein, dass wirtschaftliche Zwänge dazu führen,  
1315 dass die Werkstätten vor allem von den Mitarbeiter\*innen abhängig sind, die die  
1316 besten Chancen auf einen Arbeitsplatz im allgemeinen Arbeitsmarkt hätten. Aber  
1317 auch für diejenigen, die den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt nicht gehen,  
1318 ermöglichen wir gute Arbeitsbedingungen zu fairen Löhnen. Die Arbeit von  
1319 Werkstatträtern unterstützen wir.

### 1320 **Tariftreue und Vergabe**

1321 Wo öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge sowie Umwelt-  
1322 und Sozialstandards gelten. Lohndumping und das Befeuern ökologischer Krisen  
1323 dürfen nicht mit Steuergeldern unterstützt werden. Deshalb werden wir bei  
1324 öffentlicher Beschaffung, Vergabe und Wirtschaftsförderung Tariftreue und die  
1325 Einhaltung ökologischer und sozialer Standards konsequent gesetzlich  
1326 festschreiben und kontrollieren. Für alle Beteiligungen des Landes wollen wir  
1327 durch einen Public-Governance-Kodex Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit mit  
1328 guter Unternehmensführung verbinden (vgl. Niedersachsen – ein Staat, der  
1329 funktioniert).

### 1330 **Standards besser kontrollieren**

1331 Wir werden die gesetzlichen Vorgaben und Standards für gute Arbeit durchsetzen.  
1332 Dafür müssen sie auch ausreichend kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden.  
1333 Das ist in Niedersachsen bisher leider die Ausnahme: Die Besichtigungsquote  
1334 aller Betriebe lag 2020 lediglich bei 0,6 Prozent. Grund dafür ist die schlechte  
1335 Personalausstattung, mit der das Land deutlich hinter den Forderungen der  
1336 internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zurückbleibt. Dass es erst die Corona-  
1337 Pandemie brauchte, um Aufmerksamkeit auf die vielfach menschenunwürdigen  
1338 Arbeits- und Lebensbedingungen beispielsweise in der niedersächsischen  
1339 Fleischindustrie zu lenken, unterstreicht, wie wichtig regelmäßige Kontrollen  
1340 sind. Die bedeutsame Arbeit der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in der  
1341 Fleisch- und zunehmend auch der Logistikbranche werden wir weiter fördern. Wir  
1342 versetzen die Gewerbeaufsichtsämter mit einer klaren Aufgabenregelung und mehr  
1343 Personal in die Lage, Kontrollen vor Ort in ausreichender Zahl durchzuführen.  
1344 Unser Ziel für einen effektiven Schutz der Arbeitnehmer\*innen ist eine  
1345 Kontrollmindestquote von 5 Prozent bis 2026, wie es die Regelungen der EU  
1346 vorschreiben. Wir sorgen dafür, dass innerhalb von zehn Jahren jeder Betrieb in  
1347 Niedersachsen mindestens einmal geprüft wird.

### 1348 **Auf Mitbestimmung setzen**

1349 Die Mitbestimmung ist als gelebte Demokratie im Betrieb ein absolutes  
1350 Erfolgsmodell. So hat sich gezeigt: In mitbestimmten Betrieben sind die  
1351 Arbeitsbedingungen besser und die Betriebe produktiver. Trotzdem werden immer  
1352 wieder Mitbestimmungsakteur\*innen von Arbeitgeber\*innen unter Druck gesetzt – zu

1353 viele Betriebe in Niedersachsen haben gar keinen Betriebsrat. BÜNDNIS 90/DIE  
1354 GRÜNEN werden Gewerkschaften und Betriebsräten endlich die nötige Rückendeckung  
1355 geben. Daher begrüßen wir, dass die neue Bundesregierung die Behinderung der  
1356 demokratischen Mitbestimmung künftig als Officialdelikt einordnen will. Durch  
1357 Kompetenzaufbau bei Polizei und Rechtsbehörden sorgen wir dafür, dass Delikte  
1358 dieser Art zügig und kompetent verfolgt werden.

### 1359 **Schuldner- und Insolvenzberatung stärken**

1360 Niedrige Löhne, eine Grundsicherung unter dem Existenzminimum sowie unplanbare  
1361 und einschneidende Änderungen der Lebensumstände können zu privater  
1362 Überschuldung führen: Die laufenden Einkünfte können die Zahlungsverpflichtungen  
1363 dann nicht mehr decken. Viele Menschen brauchen in dieser Situation  
1364 Unterstützung. Wir wollen deshalb für ein Recht auf kostenlose Schuldnerberatung  
1365 sorgen – mit offenem Zugang für alle Ratsuchenden. Die Arbeit der zahlreichen  
1366 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Niedersachsen wollen wir auf eine  
1367 stabile Finanzierungsbasis stellen.

### 1368 **6. Für eine andere Agrarpolitik**

1369 Knapp zwei Drittel der Fläche Niedersachsens werden landwirtschaftlich genutzt.  
1370 Die Land- und Ernährungswirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige  
1371 Niedersachsens. Landwirtschaft prägt unser Landschaftsbild, den Zustand unseres  
1372 Wassers, unserer Böden und unseres Klimas sowie die wirtschaftliche und soziale  
1373 Struktur unserer ländlichen Räume. Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte mit  
1374 ihrer starken Weltmarktorientierung hat die Landwirtschaftsbetriebe in die  
1375 fatalen Spirale des Wachstums oder Weichens gezwungen. Ihre Zahl hat sich seither  
1376 auf etwa 1/5 verringert und viele aktive Bäuer\*innen können trotz harter Arbeit  
1377 an sieben Tagen in der Woche nur schwer ein angemessenes Einkommen erzielen.  
1378 Unsere hochspezialisierten Landwirtschaftsbetriebe sind den ständigen Krisen  
1379 noch nicht einmal kostendeckender Getreide-, Milch- oder Schweinepreise des  
1380 Weltmarktes ausgeliefert. Auch die Umwelt leidet unter der intensiven  
1381 landwirtschaftlichen Produktion: Unser Grundwasser ist in großen Teilen des  
1382 Landes zu stark mit Nitrat und Pestiziden belastet, die einst abwechslungsreiche  
1383 Kulturlandschaft ist zur Agrarsteppe degradiert, in der selbst robuste Tier- und  
1384 Pflanzenarten immer weniger Lebensraum finden.

1385 Wir GRÜNEN stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft, die nachhaltig und  
1386 tiergerecht arbeitet. Für gute Lebensmittel von artenreichen Feldern, Wiesen und  
1387 Weiden und von gesunden Tieren. Hergestellt von Bäuer\*innen, die damit ein gutes  
1388 Einkommen erzielen. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und  
1389 gesunde Lebensmittel kaufen. Die Zahl der Betriebe, die sich umorientiert haben  
1390 hin zu diversifizierten Betriebsstrukturen, bleibt gering. Es fehlen vielerorts  
1391 wertschöpfende lokale und regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen.  
1392 Aber immer mehr Landwirt\*innen sind entschlossen, diesen Weg zu gehen. Wir geben  
1393 ihnen Rückenwind und bringen gemeinsam die Agrar- und Tierhaltungswende voran.

### 1394 **Ernährungssicherheit in Zeiten der Krise**

1395 Landwirtschaft hat zuallererst die Aufgabe, ausreichend Lebensmittel in guter  
1396 Qualität zu produzieren. Durch Russlands brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine  
1397 wird eine Verknappung vor allem des weltweit verfügbaren Getreides erwartet. Im  
1398 Lichte der aktuellen Krisen wird deutlich, wie wichtig Ernährungssouveränität  
1399 und -sicherheit sind, regional, europäisch und weltweit. Bei uns in  
1400 Niedersachsen, in Deutschland und der EU ist die Ernährungsversorgung durch

1401 einen hohen Selbstversorgungsgrad und hohe Kaufkraft grundsätzlich gesichert,  
1402 auch wenn Engpässe bei einzelnen Produkten auch bei uns auftreten können.  
1403 Weltweit aber stehen Millionen Menschen in ärmeren Staaten vor einer humanitären  
1404 Katastrophe. Darauf müssen wir jetzt in kürzester Frist mit ernsthaften  
1405 Strategien statt mit Scheindebatten wie das Aussetzen der Flächenstilllegung in  
1406 der EU reagieren, das keinen effektiven Einfluss auf die Sicherung der  
1407 Welternährung hat. Dabei ist es zwingend, die aktuellen Krisen gemeinsam zu  
1408 betrachten und nicht gegeneinander auszuspielen. Angesichts der Klimakrise und  
1409 des Artensterbens ist es das falsche Signal, die ökologische Wende der  
1410 Landwirtschaft auszusetzen. Wir treiben gemeinsam mit dem grün geführten  
1411 Bundeslandwirtschaftsministerium die Ökologisierung der heimischen  
1412 Landwirtschaft und die Umsetzung des Green Deals konsequent voran und machen  
1413 unsere heimische Landwirtschaft krisenfest. Wichtigste Ziele dabei sind, die  
1414 landwirtschaftlichen Rohstoffe z.B. durch die Reduzierung von  
1415 Lebensmittelverschwendung effizient zu nutzen, Flächenkonkurrenzen z.B. durch  
1416 die Kombination von Landnutzung und Energieerzeugung durch Agri-PV-Anlagen  
1417 aufzulösen, Importabhängigkeiten z.B. durch Stärkung des Anbaus von heimischen  
1418 Futtermitteln zu reduzieren und regionale Kreisläufe und Ernährungssysteme zu  
1419 stärken.

1420 Zur Sicherung weltweiter Ernährungssouveränität setzen wir uns dafür ein, die  
1421 regionalen Agrarmärkte in allen Weltregionen kurz- und langfristig zu stärken.  
1422 Dazu gehören auf internationaler und europäischer Ebene Maßnahmen wie die  
1423 Freigabe von Saatgut als Gemeingut und die Verschärfung der EU-  
1424 Finanzmarktrichtlinie zur Eindämmung von Nahrungsmittelspekulation. Wichtiges  
1425 Instrument zur Stärkung lokaler Agrarmärkte ist aber auch die Reduzierung  
1426 unseres Fleischexports, der beispielsweise bei Geflügel nach Afrika in den  
1427 letzten 10 Jahren um 3.000 Prozent gestiegen ist. Die heimischen Kleinbauern  
1428 können damit nicht konkurrieren und so vernichtet unsere Massentierhaltung  
1429 lokale bäuerliche Existenzen dort und schwächt die Ernährungssouveränität. Ein  
1430 Großteil der landwirtschaftlichen Erträge insbesondere in Lateinamerika oder  
1431 Südostasien gehen nicht auf die dortigen Teller, sondern werden bei uns in  
1432 Deutschland und Niedersachsen verfüttert oder verheizt. Global gehen allein neun  
1433 Prozent der Erntemenge aus der Pflanzenproduktion in Bioethanol und fünf Prozent  
1434 in Biodiesel. Hier müssen wir gegensteuern. Deshalb fordern wir kurzfristig, die  
1435 Beimischungspflicht von Biotreibstoffen in Benzin und Diesel EU-weit aufzugeben.

#### 1436 **Anbau heimischer Futtermittel stärken und neue Märkte erschließen**

1437 Auf Dauer können wir es uns nicht erlauben, knapp 60 Prozent unserer Feldfrüchte  
1438 in der klimaschädlichen intensiven Tierhaltung zu verwenden. Der Angriffskrieg  
1439 Russlands gegen die Ukraine zeigt überdeutlich die hohe Abhängigkeit unserer  
1440 niedersächsischen Tierhaltung von Futtermittelexporten und die stetig  
1441 zunehmenden Konkurrenzen zwischen Trog und Teller. Weltweit und auch bei uns in  
1442 Deutschland wird die Mehrheit der Getreideernte nicht gegessen, sondern  
1443 verfüttert. Wir müssen unseren hohen Fleischkonsum in den Industrieländern auf  
1444 den Prüfstand stellen, die Reduzierung der Tierhaltung voranbringen und die  
1445 regionalen Kreisläufe stärken, damit in anderen Teilen der Welt wieder mehr  
1446 Lebensmittel für die lokale Bevölkerung und weniger Futtermittel für Tiere bei  
1447 uns angebaut werden. Mit den Futtermitteln importieren wir zudem Nährstoffe, die  
1448 in unseren Ställen als Gülle anfallen und zu einem hohen Nitratgehalt in unserem  
1449 Grundwasser führen. Wir GRÜNEN wollen den heimischen Anbau von Eiweißpflanzen  
1450 als Futtermitteln verstärkt fördern. Ferner wollen wir die Forschung der

1451 Ernährungswirtschaft im Wachstumsmarkt pflanzlicher Proteine unterstützen.  
1452 Während wir bei Fleisch einen Selbstversorgungsgrad von deutlich über 100%  
1453 haben, liegen wir bei Obst und Gemüse deutlich darunter. Hier bestehen große  
1454 Potentiale, durch passgenaue Förderangebote stärken wir die pflanzliche  
1455 Erzeugung und den Obst- und Gemüseanbau. Dabei nehmen wir auch neue Ansätze wie  
1456 Solidarische Landwirtschaft in den Blick, dies dient auch unserer  
1457 Ernährungssouveränität.

#### 1458 **Mehr Klimaschutz in und für die Landwirtschaft**

1459 Wir Grünen gehen die multiplen Krisen gemeinsam an, ambitionierter Klima- und  
1460 Biodiversitätsschutz in unserer heimischen Landwirtschaft stärkt auch immer  
1461 unsere langfristige Ernährungssicherheit. Unsere Landwirtschaft ist nämlich  
1462 zugleich Leidtragende wie Mitverursacherin der Klimakrise: CO<sub>2</sub>-Freisetzungen aus  
1463 Mooren, bei hoher Stickstoffdüngung und durch die Tierhaltung machen in  
1464 Niedersachsen einen hohen Anteil am menschengemachten Ausstoß von Treibhausgasen  
1465 aus. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft bereits jetzt massiv von den  
1466 Auswirkungen der Klimakrise betroffen: Dürren und Hitzeperioden, jahreszeitliche  
1467 Verschiebung der Niederschläge, Starkregenereignisse, aber auch die  
1468 klimabedingte Ausbreitung von Pflanzenschädlingen wirken sich auf die Erträge  
1469 aus. Dem Boden kommt sowohl beim Klimaschutz als auch bei der  
1470 Klimafolgenanpassung eine entscheidende Rolle zu. Der Aufbau von Humus bindet  
1471 Kohlenstoff im Boden und schafft gleichzeitig eine höhere Speicherkapazität für  
1472 Feuchtigkeit. Landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen, die den Humusaufbau  
1473 stärken wollen wir besonders fördern. Jahrhunderte lang wurde in Niedersachsen  
1474 dem Moorland abgerungen, um es landwirtschaftlich zu nutzen mit fatalen  
1475 Auswirkungen für das Klima. Landwirtschaftliche Bewirtschaftung von Moorflächen  
1476 wollen wir reduzieren und neue klimaschonende Methoden wie Paludikulturen  
1477 fördern, so dass die niedersächsischen Moore so viel Kohlenstoff wie möglich  
1478 speichern (vgl. Moorschutz ist Klimaschutz). Zudem setzen wir uns dafür ein,  
1479 Dauergrünland zu erhalten und wiederherzustellen, denn Grünland bindet im  
1480 Vergleich zur ackerbaulichen Nutzung deutlich mehr CO<sub>2</sub>.

1481 Die Lachgas- und Methanemissionen der Landwirtschaft wollen wir durch eine  
1482 Reduzierung der Stickstoffdüngung, durch einen Ausstieg aus der  
1483 Massentierhaltung und effektivere Kontrollen der ordnungsgemäßen Düngung und  
1484 eine Stärkung des Ökolandbaus deutlich senken. Ökologische Betriebe wirtschaften  
1485 aufgrund geringerer Düngemenge, höherer Humusgehalte und den weitgehenden  
1486 Verzicht auf den Import von Futtermitteln wie Soja deutlich klimafreundlicher  
1487 als konventionelle Betriebe.

1488 Über die Vermeidung von Treibhausgasemissionen hinaus verfolgen wir das Ziel,  
1489 unsere Landwirtschaft dabei zu unterstützen, sich bestmöglich an die bereits  
1490 unabwendbaren Folgen des Klimawandels anzupassen. Grundsätzlich sind breiter  
1491 aufgestellte Betriebe in Krisen widerstandsfähiger als spezialisierte Betriebe.  
1492 Zur Klimafolgenanpassung gehört z.B. die Förderung des Anbaus trockenresistenter  
1493 Kulturen sowie von Maßnahmen zum Schutz vor Wind- und Wassererosion, wie die  
1494 Nutzung besonders erosionsgefährdeter Standorte als Grünland, die Anlage von  
1495 Windschutzgehölzen.

1496 Das Wassermanagement in der Landwirtschaft, muss sich an die Herausforderungen  
1497 des Klimawandels anpassen. Gemeinsam mit Landwirt\*innen bringen wir Maßnahmen  
1498 auf den Weg, die dazu beitragen, dass Wasser möglichst in der Fläche gehalten  
1499 wird und ausreichend Versickerungsflächen zu Verfügung stehen. Die Nutzung von

1500 Grauwasser in der Landwirtschaft und wassersparende Beregnungstechniken werden  
1501 wir stärken. (vgl. *Sauberes Wasser, saubere Luft und gesunde Böden*)

### 1502 **Für eine flächengebundene Tierhaltung**

1503 Wir GRÜNEN treten für eine flächengebundene Tierhaltung ein – nur mit dieser  
1504 kann ein bedarfsgerechter Einsatz der anfallenden Exkreme vor Ort und ohne  
1505 „Gülletourismus“ über weite Strecken sichergestellt werden. Um dieses Ziel zu  
1506 erreichen, müssen die insbesondere im westlichen Teil Niedersachsens viel zu  
1507 hohen Tierzahlen reduziert werden. Wir werden Betriebe dabei unterstützen, ihre  
1508 Tierbestände zu reduzieren und ihre Ställe tiergerecht umzubauen. Wir begrüßen  
1509 das Vorhaben der Ampelkoalition im Bund, Investitionsförderungen für  
1510 Stallbauvorhaben stärker an der Haltung auszurichten und die Landwirtschaft  
1511 dabei zu unterstützen, ihre Tierhaltung tiergerecht umzubauen.

1512 Sinkende Nachfrage, Afrikanische Schweinepest und Schlachtstau – die  
1513 niedersächsische Schweinehaltung steht unter Druck. Die Verbraucher\*innen und  
1514 der Handel fragen neben günstiger Massenware zunehmend Produkte mit höheren  
1515 Tierschutzstandards und einer möglichst regionalen Wertschöpfungskette – von der  
1516 Ferkelerzeugung bis zur letzten Verarbeitungsstufe – nach. Die geplante  
1517 Einführung des staatlichen Tierwohllabels auf Bundesebene, die wir GRÜNEN aus  
1518 Niedersachsen unterstützen, wir dies noch mal verstärken. Wir unterstützen  
1519 unsere Schweinehalter\*innen durch Förderungen, diese regionalen Märkte auf allen  
1520 Wertschöpfungsstufen diese regionalen Märkte zu erschließen.

1521 Der Ausbruch von Tierseuchen und die dadurch verursachten Schäden stehen im  
1522 engen Zusammenhang mit der in einem Betrieb gehaltenen Zahl von Tieren und der  
1523 Tierdichte in der Region. Daher planen wir, die Beiträge zur Tierseuchenkasse  
1524 entsprechend der Gefährdungssituation anzupassen. Es darf nicht sein, dass  
1525 bäuerliche Betriebe mit angepassten Tierbeständen mit ihren Beiträgen zur  
1526 Tierseuchenkasse Seuchengefahren subventionieren, die vor allem von der  
1527 Massentierhaltung ausgehen.

### 1528 **Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft fördern**

1529 Nicht zuletzt durch das Agieren des CDU-geführten  
1530 Bundeslandwirtschaftsministeriums ist es leider auch für die neue EU-  
1531 Förderperiode nicht gelungen, die Agrarförderung gezielt so auszurichten, dass  
1532 Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft honoriert werden. Der größte  
1533 Teil der Fördermittel wird noch immer pauschal für die Bewirtschaftung der Fläche  
1534 gezahlt. Davon profitieren vor allem Großbetriebe und Flächeneigentümer\*innen.  
1535 Gleichwohl gibt es Verbesserungen: Aus dem Budget für die Flächenprämien werden  
1536 zumindest Teile nach ökologischen Vorgaben (sogenannten Eco-Schemes) vergeben.  
1537 Wir wollen die Möglichkeit nutzen, die vom Land festzusetzenden Maßnahmen zur  
1538 Förderung des ländlichen Raumes und von Agrarumweltmaßnahmen gezielt für echte  
1539 Umwelt- und Tierschutzprogramme einzusetzen.

1540 Auch die Anlage und der Schutz von Hecken muss noch weiter vorangetrieben  
1541 werden. Denn Hecken sind nicht nur ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche  
1542 Kleintiere und Vögel und tragen damit zum Erhalt der Biodiversität bei – sie  
1543 haben auch wichtige Funktionen beim Boden- und Erosionsschutz und für ein  
1544 günstiges Mikroklima. Auch die Herausnahme der Randstreifen öffentlicher Wege  
1545 aus der landwirtschaftlichen Nutzung dient diesem Ziel. Die durch die neue  
1546 Bundesregierung vereinbarte Evaluation der neuen EU-Förderung muss von  
1547 Niedersachsen intensiv begleitet werden, um möglichst schnell eine wirkliche



1548 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik zu erreichen. Für uns ist eine  
1549 Gemeinwohlprämie, die das Erfüllen gesellschaftlicher Notwendigkeiten honoriert,  
1550 der richtige Ansatz.

#### 1551 **Den Pestizideinsatz reduzieren**

1552 Der Pestizideinsatz in der niedersächsischen Landwirtschaft ist deutlich zu  
1553 hoch. Wir GRÜNEN wollen den Pflanzenschutzmitteleinsatz massiv reduzieren. Durch  
1554 das von uns GRÜNEN gemeinsam mit den Umweltverbänden vorangetriebenen  
1555 Volksbegehren Artenvielfalt gelang es, im Niedersächsischen Weg die Erarbeitung  
1556 einer Pestizidreduktionsstrategie zu vereinbaren. Das CDU-geführte  
1557 Landwirtschaftsministerium verschleppt diese jedoch seither. Wir GRÜNEN werden  
1558 diese Strategie erarbeiten und eine deutliche Reduktion von Pestiziden in der  
1559 Landwirtschaft, im Gartenbau und auf nicht landwirtschaftlich oder gärtnerisch  
1560 genutzten Flächen umsetzen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung,  
1561 den Glyphosateinsatz bis spätestens Ende 2023 zu verbieten und die  
1562 Beschränkungen zum Pestizideinsatz in Naturschutzgebieten auch auf  
1563 Wasserschutzgebiete auszuweiten. Wir setzen uns im Bund weiterhin für die  
1564 Einführung einer Pestizidabgabe ein.

#### 1565 **Wirksame Kontrollen sicherstellen**

1566 Die besten Gesetze und Verordnungen nutzen in der Regel wenig, wenn sie nicht  
1567 ausreichend kontrolliert werden. Wir GRÜNEN werden die Kontrollen neu ordnen.  
1568 Die Zuständigkeit für die Umsetzung von Umweltauflagen wie beispielsweise Dünge-  
1569 und Pflanzenschutzrecht planen wir von der Landwirtschaftskammer, die als  
1570 Selbstverwaltungsorgan der Landwirtschaft gleichzeitig hoheitliche  
1571 Kontrollaufgaben wahrnimmt, auf eine andere Landesbehörde zu übertragen. Damit  
1572 stärken wir die Trennung von berufsständischer Selbstverwaltung und hoheitlicher  
1573 Aufgabenwahrnehmung.

#### 1574 **Bienen schützen – vielfältige Agrarlandschaften fördern**

1575 Für uns GRÜNE hat der Schutz der Honigbiene, eines unserer wichtigsten  
1576 Nutztiere, eine hohe Bedeutung. Bienen sind ein Indikator für den Zustand  
1577 unserer Landschaft. Die Bienen finden heute in der Stadt vielfältigere Nahrung  
1578 als in unseren Agrarlandschaften. Das müssen wir ändern, um den Artenschwund zu  
1579 stoppen und unsere Agrarlandschaften wieder vielfältiger zu gestalten. Bei der  
1580 Förderung von Blühstreifen haben wir in der GRÜNEN in Regierungsverantwortung  
1581 einen Extrabonus für von Imker\*innen empfohlene Blühstreifen durchgesetzt. Der  
1582 Einsatz von Insektiziden, vor allem der sogenannten Neonikotinoide, gefährdet  
1583 Bienen, Hummeln und andere Insekten. Wir wollen die Imkerei in Niedersachsen  
1584 durch eine Bestäubungsprämie fördern und die Imkervereine bei ihren  
1585 erfolgreichen Schulungsangeboten unterstützen.

#### 1586 **GRÜNE wollen Grünland erhalten**

1587 Niedersachsen verfügt über weitumfassende Grünlandregionen, die es nach  
1588 jahrelangem Rückgang zu erhalten gilt. Grünland bindet nicht nur mehr CO<sub>2</sub> im  
1589 Oberboden als Ackerflächen. Grünland ist auch von besonderer Bedeutung für die  
1590 Artenvielfalt. Wir fordern daher eine Weideprämie. Das in der GRÜNEN  
1591 Regierungszeit auf den Weg gebrachte Weidemilchprogramm, bei dem Milch von Kühen  
1592 mit Weidehaltung höherpreisig vermarktet wird, bauen wir gezielt aus und weiten  
1593 sie auf Milchprodukte wie Joghurt oder Käse aus. Wir setzen uns zudem für ein  
1594 Konzept der flexiblen Milchmengenregulierung, wie vom Bund Deutscher  
1595 Milchviehalter gefordert, ein. Zum Schutz unserer massiv bestandsbedrohten

1596 Wiesenvögel werden wir das Wiesenvogelschutzprogramm durch eine deutlich  
1597 verbesserte Honorierung wirksamer Maßnahmen zum Wiesenvogelschutz qualitativ  
1598 aufwerten.

### 1599 **Bauernland in Bauernhand**

1600 Boden ist ein unersetzlicher und unvermehrbarer Produktionsfaktor für die  
1601 Landwirtschaft. Er spielt für die wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige  
1602 Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe eine zentrale Rolle. Die Konkurrenz  
1603 von Finanzinvestor\*innen und steigenden Pachten stellen aktive ortsansässige  
1604 Landwirt\*innen vor große Probleme. Außerlandwirtschaftliche  
1605 Bodeneigentümer\*innen sind die großen Gewinner\*innen auf dem Bodenmarkt – aktive  
1606 Landwirt\*innen sind die Verlierer\*innen. Das werden wir GRÜNEN ändern. Mit einem  
1607 Grundstücksverkehrsgesetz stellen wir sicher, dass ortsansässige  
1608 Landwirtschaftsbetriebe ein starkes Vorkaufsrecht gegenüber  
1609 außerlandwirtschaftlichen Investor\*innen haben und eine wirksame Preisbremse  
1610 eingeführt wird.

### 1611 **Ökologische Landwirtschaft stärken**

1612 Unser Ziel ist es, die gesamte niedersächsische Landwirtschaft nachhaltiger und  
1613 ökologischer auszurichten. Unser Leitbild ist der ökologische Landbau, denn die  
1614 ökologische Wirtschaftsweise trägt durch ihren Verzicht auf chemisch-  
1615 synthetische Düngemittel und Pestizide zum Schutz des Bodens, des Grundwassers  
1616 und der Arten bei. Zudem ist der Ökolandbau deutlich klimaschonender, setzt hohe  
1617 Tierhaltungsstandards um und trägt durch seinen gegenüber konventionell  
1618 wirtschaftenden Betrieben häufig höheren Personalbedarf zu Arbeit und  
1619 Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Deshalb setzen wir den Niedersächsischen  
1620 Weg konsequent um, der eine Ausweitung des Ökolandbaus auf mindestens 10 Prozent  
1621 bis 2025 und mindestens 15 Prozent bis 2030 vorsieht. Da Niedersachsen im  
1622 Vergleich zu anderen Bundesländern einen deutlich geringeren Ökolandbauanteil  
1623 von aktuell 5,2 Prozent hat, ist das ein ambitioniertes Ziel. Neben einer  
1624 Ausweitung der Förderung der Betriebe insbesondere in den ersten beiden Jahren  
1625 der Umstellung, in denen die Produkte noch nicht als bio vermarktet werden  
1626 können, wollen wir GRÜNEN auch die Infrastruktur für die Verarbeitung und  
1627 Vermarktung der ökologischen Lebensmittel deutlich verbessern. Die Umstellung z.  
1628 B. der Milchkuhhaltung auf bio ist schließlich nur dann attraktiv, wenn auch  
1629 eine Bio-Molkerei in erreichbarer Nähe ist. Gleiches gilt für Schlachtstätten  
1630 für tierhaltende Bio- und Direktvermarktungsbetriebe.

1631 Die Nachfrage nach Bioprodukten kann derzeit noch nicht durch die heimische  
1632 Landwirtschaft gedeckt werden. Hier ist viel Potenzial. Neben dem Ausbau der  
1633 Vermarktung bestehen in der Außerhausverpflegung, etwa bei öffentlichen  
1634 Kantinen, noch deutliche Potenziale für den Einsatz von Bioprodukten. Hier muss  
1635 das Land mit gutem Beispiel vorangehen und die Gemeinschaftsverpflegung in  
1636 Einrichtungen des Landes auf bio umstellen. Ein Niedersächsisches Biosiegel kann  
1637 dabei hilfreich sein.

1638 Damit noch mehr Betriebe auf Ökolandbau umsteigen können, werden wir einen  
1639 Aktionsplan Ökolandbau gemeinsam mit den Verbänden umsetzen. Wir GRÜNEN werden  
1640 sicherstellen, dass die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Über  
1641 eine Informationsoffensive sollen die Chancen des Ökolandbaus breiter an  
1642 konventionelle Landwirt\*innen vermittelt werden, um diese zum Umsteigen zu  
1643 motivieren. Auch den Flächenzugang für Biobetriebe erleichtern wir. Pachtflächen  
1644 öffentlicher Eigentümer sollen vorrangig ökologisch bewirtschaftet werden. Die

1645 ökologische Ausrichtung der Ausbildung stärken wir auch in den Berufs- und  
1646 Hochschulen weiter. In der agrarwissenschaftlichen Forschung und im  
1647 Versuchswesen in Niedersachsen muss der Ökolandbau einen noch höheren  
1648 Stellenwert haben. Mit attraktiven Weiterbildungsangeboten wie Winterakademien  
1649 für den Ökolandbau verbreitern wir das Wissen über die ökologische  
1650 Landwirtschaft.

### 1651 **Keine Gentechnik auf unseren Äckern**

1652 Niedersachsen ist durch das Engagement von uns GRÜNEN gentechnikfreie Region und  
1653 wird es auch bleiben. Wir fördern die gentechnikfreie Eiweißversorgung mit einer  
1654 Eiweißstrategie, die gezielt auf den Anbau heimischer eiweißreicher Futtermittel  
1655 setzt, um den Import von Soja als Futtermittel zu reduzieren. Mit uns GRÜNEN  
1656 bleibt Niedersachsen gentechnikfrei.

### 1657 **Die Blaue Landwirtschaft – Aquakulturen ökologisch und nachhaltig gestalten**

1658 Heute stammt jeder dritte Speisefisch aus Aquakulturen – und das ist gut so,  
1659 denn Wildbestände sind zu einem Großteil überfischt. Bei Aquakulturen wie  
1660 Karpfen- und Forellenzuchten ist Niedersachsen führend. Die Förderung der  
1661 regionalen Erzeugung und Vermarktung führen wir fort. Die Fischwirtschaft aber  
1662 muss noch ökologischer ausgerichtet werden: Die Schädigung wertvoller Naturräume  
1663 durch belastete Abwasser, Antibiotikaeinsatz und nicht tiergemäße  
1664 Haltungssysteme müssen der Vergangenheit angehören. Wir GRÜNEN wollen die  
1665 europäischen Fischereifördermittel gezielt zum Ausbau ökologisch nachhaltiger  
1666 und innovativer Aquakulturen nutzen. Dazu gehören geschlossene Kreislaufsysteme,  
1667 in denen das Wasser aufbereitet und in die Zuchtbecken zurückgeführt wird. Eine  
1668 tiergerechte Haltung über geringere Besatzdichten ist dabei für uns ebenso ein  
1669 Muss wie der Verzicht auf umweltschädigende Chemikalien und Antibiotika. Die  
1670 traditionelle Teichwirtschaft, die auch ökologisch hochwertige Biotope schafft,  
1671 gilt es ebenso wie die wenigen Flussfischereien zu erhalten und zu fördern.

### 1672 **Nachhaltige Fischereipolitik**

1673 Niedersachsen richtet seine Fischerei zunehmend nachhaltig aus. So lassen sowohl  
1674 die Muschel- und Krabbenfischer\*innen als auch große Teile der Hochseefischerei  
1675 ihre Nachhaltigkeit vom Marine Stewardship Council (MSC) überprüfen und  
1676 zertifizieren, nehmen an Umweltprogrammen wie Fishing for litter teil und  
1677 beteiligen sich an der Erforschung und dem Einsatz besserer Fangtechnik. Dabei  
1678 werden sie durch eine Fischereiförderung, die auf hohe Umweltstandards setzt,  
1679 unterstützt. Diesen Wege gehen wir konsequent weiter. Nicht zuletzt durch die  
1680 bereits durch uns GRÜNE angeschobene Förderung der Erzeugergemeinschaft der  
1681 Krabbenfischer konnten wieder auskömmliche Preise erzielt werden. Wir GRÜNEN  
1682 fordern eine bessere Berücksichtigung von Fischereibelangen bei der Genehmigung  
1683 von Verklappungsstellen für Hafenschlick, um so der Beeinträchtigung  
1684 traditioneller Fanggründe vorzubeugen. Wir setzen uns zudem dafür ein, die  
1685 Fangquoten stärker an wissenschaftlichen Erkenntnissen auszurichten.

1686 **Für konsequenten Tierschutz** Wir GRÜNEN sind die Stimme für mehr Tierschutz.  
1687 Ställe und Haltung müssen den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden und nicht  
1688 umgekehrt. Deshalb haben wir GRÜNEN gemeinsam mit dem Lebensmittelhandel dafür  
1689 gesorgt, dass die jahrzehntelange Praxis des Schnabelkürzens bei Legehennen  
1690 beendet wurde. Damit den Schweinen nicht der Schwanz abgeschnitten wird, haben  
1691 wir eine Ringelschwanzprämie eingeführt, die viele Nachahmer\*innen fand und auch  
1692 von der CDU-Landwirtschaftsministerin fortgeführt wurde. Unkupierte Schnäbel und

1693 Ringelschwänze sind schließlich die besten Indikatoren für das Tierwohl, denn  
1694 nur wenn Tiere auf engstem Raum gehalten werden und Stress ausgesetzt sind,  
1695 kommt es zu Schwanzbeißen und Federpicken. Es gibt zahlreiche  
1696 tierschutzpolitische Herausforderungen, die wir angehen werden, um an  
1697 erfolgreiche GRÜNE Politik zum Wohle der Tiere in Niedersachsen anzuknüpfen.

### 1698 **Mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung**

1699 Nach langwierigen und zähen Verhandlungen ist es den GRÜNEN  
1700 Landwirtschaftsminister\*innen 2021 endlich gelungen, beim Bund ein Auslaufen der  
1701 Fixierung von Sauen in Gittern (Kastenständen) zumindest perspektivisch zu  
1702 erreichen. Die bereitstehenden Fördermittel für den Umbau reichen aber bei  
1703 weitem nicht aus. Wir werden uns gegenüber dem Bund für wirksame  
1704 Finanzierungsinstrumente zum Umbau der Tierhaltung einsetzen, Mittel für  
1705 niedersächsische Betriebe stärker verfügbar machen und um zielgerichtete  
1706 Landesförderinstrumente ergänzen.

1707 Wir GRÜNEN fordern artgerechte Haltungsbedingungen für alle Tiere. Diese muss  
1708 nach den neuesten Erkenntnissen der Verhaltensbiologie der jeweiligen Tierart  
1709 ausgerichtet werden. Wir begrüßen, dass die Ampelkoalition im Bund endlich  
1710 obligatorische Prüf- und Zulassungsverfahren für tiergerechtere Ställe einführt  
1711 und die Vorschriften zum Schutz vor Stallbränden verschärft. Ein weiteres  
1712 Tierschutzproblem in der Schweinehaltung besteht noch immer: Niedersächsische  
1713 Mastschweine werden viel zu häufig auf Vollspaltenböden gehalten. Das ist mit  
1714 dem Tierwohl nicht vereinbar. Wir GRÜNEN lehnen dies ab und werden eine Haltung  
1715 mit Stroheinstreu und Zugang zu Außenbereichen zum Standard in Niedersachsen  
1716 machen. Die Anbindehaltung von Rindern wollen wir auch in Niedersachsen endlich  
1717 beenden. In der Milchwirtschaft stärken wir die Kälberaufzucht, denn Mutter-  
1718 Kalb-Haltung ist besonders tiergerecht.

1719 Wir sehen die Entwicklung in der Zucht von Nutztieren auf Hochleistung sehr  
1720 kritisch und werden Entwicklungen fördern, die auf Ausprägung von Merkmalen für  
1721 tiergerechte Haltung, wie beispielsweise das freie Abferkeln, zielen. Das  
1722 bestehende Qualzuchtverbot im Bundestierschutzgesetz wurde bisher nicht  
1723 ausreichend umgesetzt und ist unvollständig. Gemeinsam mit der Bundesregierung  
1724 wollen wir das Qualzuchtverbot umsetzen. Das Ziel der neuen Bundesregierung, das  
1725 Qualzuchtverbot zu konkretisieren, unterstützen wir GRÜNEN aus Niedersachsen.

### 1726 **Den Antibiotikaeinsatz reduzieren**

1727 Noch immer werden in der Tiermast zu viele Antibiotika eingesetzt. Das ist  
1728 gefährlich für unsere Gesundheit, weil sich Krankheitserreger an Antibiotika  
1729 gewöhnen und resistent werden. Solche resistenten Keime stecken dann im Fleisch,  
1730 sie gelangen über die Gülle oder den Geflügelkot in die Umwelt und landen  
1731 letztlich im menschlichen Körper. Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung  
1732 zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung eine schlagkräftige  
1733 Überwachungseinheit beim Landesamt für Verbraucherschutz eingerichtet und den  
1734 Antibiotikaeinsatz damit deutlich reduziert. Die rot-schwarze Regierung hat  
1735 diese erfolgreiche Einheit zerschlagen und die Überwachungsaufgabe bei den  
1736 Landkreisen angesiedelt, denen dafür Personal und häufig auch das Know-how  
1737 fehlt. Deshalb werden Wir GRÜNEN an die erfolgreiche Strategie von 2014  
1738 anknüpfen und die dringend erforderliche Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes  
1739 wieder zu einer Landesaufgabe machen. Besonders beunruhigend ist, dass vor allem  
1740 in der Geflügelhaltung vermehrt sogenannte Reserveantibiotika eingesetzt werden,  
1741 die üblicherweise in der Humanmedizin genutzt werden, wenn andere Mittel nicht

1742 mehr ausreichend wirksam sind. Wir können es uns nicht leisten, durch die  
1743 Auswüchse der Massentierhaltung auch noch diese Präparate als wirksame  
1744 Therapeutika zu verlieren. Deshalb treten wir GRÜNEN für ein Verbot von  
1745 Reserveantibiotika in der Tiermast ein.

#### 1746 **Schluss mit langen Tiertransporten**

1747 Viel zu viele Tiere werden jährlich lebend über zum Teil lange Distanzen  
1748 transportiert. Vor allem Transporte lebender Jungrinder in den Nahen Osten und  
1749 nach Nordafrika haben im letzten Jahr deutlich zugenommen. Wir GRÜNEN setzen uns  
1750 dafür ein, Transporte von Tieren – auch von angeblichen Zuchttieren – ins  
1751 außereuropäische Ausland mit Transportzeiten von über acht Stunden grundsätzlich  
1752 zu verbieten. Auch innerhalb Deutschlands und der EU planen wir, die Standards  
1753 bei Tiertransporten zu verbessern: Transporte über sechs Stunden müssen  
1754 grundsätzlich von einer zweiten Fahrer\*in begleitet werden. Den Transport zu  
1755 Schlacht- und Maststätten wollen wir auf maximal vier Stunden begrenzen. Um  
1756 Verstöße wirksam zu ahnden, setzen wir uns für eine Verschärfung des  
1757 Strafrahmens und eine Ausweitung der Kontrollen ein. Ein Transport auf nicht  
1758 zertifizierten Routen muss umgehend untersagt werden.

1759 Mobiles Schlachten, Weideschuss oder dezentrale Schlachteinrichtungen helfen,  
1760 unnötige Tiertransporte zu verhindern – diese Techniken möchten wir zukünftig  
1761 gezielt fördern. Die derzeitigen Betäubungs- und Schlachtmethoden stellen wir  
1762 auf den Prüfstand. Um Fehlbetäubungen im Schlachthof zu verhindern, muss  
1763 qualifiziertes Personal eingesetzt werden, das zudem mehr Zeit erhält, um die  
1764 einzelne Betäubung durchzuführen. Daneben gilt es, weniger belastende  
1765 Betäubungsarten zu entwickeln und die qualvolle Betäubung mit CO<sub>2</sub> zu beenden,  
1766 wie dies auch die EU fordert. Unser Ziel ist, dass Großbetriebe in Zukunft vom  
1767 Land kontrolliert werden und die Taskforce Verbraucherschutz beim Landesamt für  
1768 Verbraucherschutz (LAVES) deutlich verstärkt wird.

#### 1769 **Tierversuchsfreie Forschung vorantreiben**

1770 Wir GRÜNEN wollen weitestgehend auf Tierversuche verzichten und treiben daher  
1771 Alternativen voran. Die Fördermittel für Projekte, die die Zahl der Tierversuche  
1772 wirksam reduzieren und neue Alternativmethoden entwickeln, werden wir erhöhen  
1773 und einen Preis für tierversuchsfreie Forschung ausloben. Wir GRÜNEN werden den  
1774 Tierschutz bei der Bewertung und Genehmigung von Versuchen stärken sowie die  
1775 Kontrollen ausbauen.

#### 1776 **Klare Vorgaben bei Tieren in Privathand – für einen sensiblen Umgang mit 1777 Wildtieren**

1778 Auch für mehr Tierschutz bei der privaten Tierhaltung setzen wir GRÜNEN uns ein.  
1779 Um das Katzenelend zu reduzieren, wollen wir die Kastration von Katzen durch  
1780 kommunale Kastrationssatzungen mit Förderprogrammen des Landes begleiten. Die  
1781 von der Ampelkoalition im Bund angekündigte Identitätsprüfung für den  
1782 Onlinehandel mit Heimtieren unterstützen wir und setzen uns für ein Verbot des  
1783 postalischen Versandes von Tieren ein. Zudem wollen wir Spontankäufe durch eine  
1784 stärkere Kontrolle von Tierbörsen verhindern.

1785 Der internationale Wildtierhandel gefährdet den Artenschutz und erhöht das  
1786 Risiko von auf den Menschen übertragbaren Krankheiten. Die zunehmende Haltung  
1787 von exotischen Tieren stellt Einrichtungen, die Wildtiere aufnehmen, vor  
1788 Herausforderungen, weil Halter\*innen nicht selten mit dem Tier überfordert sind  
1789 und dieses dann im Tierheim landet. Wir GRÜNEN werden die Halter\*innen von

1790 exotischen Tieren frühzeitig mit Hilfe eines Sachkundenachweises dazu befähigen,  
1791 ihre Tiere so artgerecht wie möglich zu halten und sich der mit der Haltung  
1792 verbundenen Herausforderungen und Gefahren bewusst zu sein. Bestimmte Tiere,  
1793 insbesondere gefährliche, gehören nicht in Privathände. Wir treiben die  
1794 Weiterentwicklung der niedersächsischen Gefahrtierverordnung voran und richten  
1795 eine zentrale Datei für exotische Wildtiere ein, auf die sowohl Veterinär- als  
1796 auch Naturschutzbehörden Zugriff haben. Wir GRÜNEN setzen uns ferner dafür ein,  
1797 dass Wildtiere auch in zoologischen Einrichtungen so tiergerecht wie möglich  
1798 gehalten werden. Zoos müssen dazu verstärkt den veränderten  
1799 tiergartenbiologischen Erkenntnissen Rechnung tragen. Zudem werden wir  
1800 Tiergärten so unterstützen, dass sie auch als Auffangstationen für  
1801 beschlagnahmte, nicht auswilderungsfähige Wildtiere aller Arten dienen können.  
1802 Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen lehnen wir ab. Daher begrüßen wir das  
1803 Vorhaben der neuen Bundesregierung, eine Positivliste für Wildtiere einzuführen,  
1804 die nach einer Übergangsfrist noch in Zirkussen gehalten werden dürfen.

#### 1805 **Tierheime stärken**

1806 Wir GRÜNEN fordern, dass die Finanzierung der Tierheime durch die Kommunen  
1807 sichergestellt wird. Wir werden uns für die bessere Unterstützung der Arbeit von  
1808 Tierheimen einsetzen und ein Förderprogramm zur baulichen Sanierung von  
1809 Tierheimen auflegen. Wir möchten auch weiterhin das wichtige freiwillige und  
1810 ehrenamtliche Engagement vieler Menschen für den Tierschutz und die Tierheime  
1811 stärken (vgl. Niedersachsen in Bewegung).

#### 1812 **Moorschutz ist Klima- und Artenschutz**

1813 Moore entziehen als CO<sub>2</sub>-Senken der Atmosphäre Treibhausgase, sind Lebensraum für  
1814 seltene Arten und fungieren mit ihrer Schwammfunktion als natürliche  
1815 Wassermanager und -filter. Doch fast alle unsere Moore sind in einem schlechten  
1816 Zustand. Entwässert geben sie das in ihnen über mehrere Tausend Jahre  
1817 gespeicherte CO<sub>2</sub> wieder frei und zersetzen sich immer weiter. Als moorreichstes  
1818 Bundesland stehen wir hier in besonderer Verantwortung. Rund 11 Prozent der  
1819 niedersächsischen Treibhausgasemissionen stammen aus trockengelegten Moorböden.

1820 Wir GRÜNEN wollen diesen Klimaschatz heben und machen aus unseren Moorböden  
1821 wieder CO<sub>2</sub>-Senken. Durch die Einrichtung einer Landesgesellschaft für Moorschutz  
1822 bringen wir Tempo in den Moorschutz und ermöglichen eine besonders effiziente  
1823 Umsetzung der angekündigten Moorschutzmittel des Bundes in Niedersachsen. Das  
1824 Aktionsprogramm niedersächsische Moorlandschaften entwickeln wir weiter und  
1825 konkretisieren Ziele und Zeitpläne für die Wiedervernässung und den Stopp der  
1826 Klimaemissionen aus kohlenstoffhaltigen Böden. Wir lenken gezielt  
1827 Kompensationsmaßnahmen in die Moorvernässung und den Klimaschutz. Die Industrie  
1828 nehmen wir wirksam in die Pflicht, vormalige Torfabbauflächen so zu  
1829 restaurieren, dass wieder eine torfbildende Vegetation entsteht.

1830 Die Umstellung bisheriger landwirtschaftlicher Nutzung auf moorerhaltende  
1831 Bewirtschaftungsformen wie die Paludikultur unterstützen und fördern wir (vgl.  
1832 Für eine andere Agrarpolitik). Als Torfabbauland Nummer 1 ist für uns GRÜNE  
1833 klar, dass wir einerseits keine neuen Abbaugenehmigungen mehr erteilen werden,  
1834 aber gleichzeitig auch die Torfnutzung ersetzen und die Nachfrage somit senken  
1835 müssen. Das Land geht dabei mit gutem Beispiel voran: Es verzichtet auf den  
1836 Einsatz torfhaltiger Erden auf landeseigenen Flächen, nutzt torffreie  
1837 Alternativen und achtet bei Neuanpflanzungen darauf, dass diese aus torffreier  
1838 Anzucht stammen. Dies gilt auch soweit möglich für Förderprogramme.

1839 Mit einem Programm Gärtnern ohne Torf für den gewerblichen Gartenbau  
1840 unterstützen wir die schrittweise Erhöhung des Anteils von Torfersatzstoffen im  
1841 Erwerbsgartenbau. Durch das Label Torffrei aus Niedersachsen schaffen wir  
1842 Transparenz für Verbraucher\*innen sowie neue Absatzmärkte für torffreie  
1843 Alternativen. Innerhalb der EU und gegenüber dem Bund setzen wir uns für  
1844 Moorschutzvereinbarungen mit den weiteren torfreichen EU-Ländern und die  
1845 Einführung einer wirksamen Torfabgabe auch bei Importen ein. Auf diese Weise  
1846 können wir Klimafolgekosten stärker einpreisen, die Torfnachfrage senken und  
1847 eine bloße Verlagerung des Torfabbaus verhindern.

## 1848 **8. Sozial und ökologisch bauen und wohnen**

1849 Gutes Wohnen ist für uns GRÜNE Grundrecht: Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum und  
1850 leiten die ökologisch-soziale Transformation im Gebäudesektor ein. Von knappem  
1851 und teurem Wohnraum in Städten und Ballungsräumen bis hin zu Leerstand in Teilen  
1852 des ländlichen Raumes – die Herausforderungen sind vielfältig und unter Rot-  
1853 Schwarz ist zu wenig passiert, um diese anzugehen. Es braucht den Mut, neue  
1854 Ideen und Nutzungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

### 1855 **Gutes Wohnen für alle**

1856 Die Sozialwohnungsquote in Niedersachsen geht stetig zurück – das werden wir  
1857 GRÜNEN ändern. Wir schaffen dauerhaft mindestens 100.000 neue Sozialwohnungen,  
1858 modernisieren den Gebäudebestand klimagerecht und vitalisieren die Quartiere und  
1859 Innenstädte. Um sowohl die Sanierung von Gebäuden, die Stärkung des sozialen  
1860 Wohnungsmarktes in öffentlicher Hand und Milliardeninvestitionen mit dem  
1861 Niedersachsen Fonds (vgl. Nachhaltig Haushalten) zu ermöglichen, gründen wir  
1862 eine gemeinnützige Landesgesellschaft Wohnen und Klima. Land und Kommunen sind  
1863 beim Erneuern, Bauen und Vermieten Vorreiter\*innen für modernen, bezahlbaren  
1864 Wohnraum. Gemeinsam mit den Kommunen und ihren Wohnungsbaugesellschaften saniert  
1865 die Landesgesellschaft für Wohnen und Klima den Gebäudebestand der öffentlichen  
1866 Hand klimaneutral, barrierefrei und sozial – vom Mietshaus bis zum Ministerium.  
1867 Zudem schafft sie neuen öffentlich-gemeinnützigen Wohnraum, möglichst durch  
1868 ressourcenschonendes Aufkaufen, Ausbauen und Aufstocken von Gebäuden. Neubau  
1869 erfolgt, wo zwingend nötig, klimagerecht und flächenschonend.

1870 Die Gründungen neuer Wohnungsbaugenossenschaften fördern wir und stärken  
1871 Bauträger\*innen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten und langfristige Sozial-  
1872 und Mietpreisbindungen eingehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen  
1873 unterstützen das Ziel der Bundesregierung, eine neue Wohngemeinnützigkeit auf  
1874 den Weg zu bringen. Die Wohnbauförderprogramme richten wir neu aus und  
1875 honorieren nach Vorbild anderer Bundesländer verstärkt ökologisches,  
1876 energieeffizientes, klimafreundliches Bauen und Sanieren sowie den sozialen  
1877 Wohnungsbau. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Förderung von Umbauten.  
1878 Gerade im ländlichen Raum stehen wir vor der Herausforderung, teilweise  
1879 ungenutzte Gebäude zukunftsgerecht umzubauen. Dafür fördern wir gezielt Formen  
1880 des gemeinschaftlichen generationenübergreifenden Zusammenlebens. So können alte  
1881 Bauernhäuser zu Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften ausgebaut oder leerstehende  
1882 Gebäude mit Fördermitteln barrierefrei und klimafreundlich saniert und damit  
1883 attraktiver gemacht werden.

### 1884 **Mietpreisbremse konsequent anwenden und Mieter\*innenberatung ausbauen**

1885 Wir stellen sicher, dass die Mietpreisbremse, wo immer im Land notwendig,  
1886 angewendet werden kann und stärken die Vorkaufsrechte von Kommunen bei

1887 Immobilien- und Grundstücksveräußerungen. Immer mehr Wohnungen werden dem  
1888 Mietmarkt entzogen und profitabel als Ferienwohnung oder möblierte Short-Term-  
1889 Rentals genutzt – nicht nur auf den Ferieninseln. Deshalb planen wir, das  
1890 Zweckentfremdungsgesetz nachzuschärfen und den Kommunen zu ermöglichen, es  
1891 überall zur Anwendung zu bringen. Auf dem Wohnungsmarkt sind Mieter\*innen ihren  
1892 Vermieter\*innen aufgrund des knappen Angebots an Wohnraum nicht selten  
1893 ausgeliefert. Mangelnde Kenntnis der Rechtslage führt dann oft dazu, dass  
1894 Vermieter\*innen regelwidrig Mietpreise erhöhen, Kauttionen nicht richtig  
1895 verwahren oder viel zu hohe Mieten verlangen. Wir weiten die  
1896 Mieter\*innenberatung aus und richten eine landesweite Hotline ein, bei der  
1897 Bürger\*innen eine kostenlose Miet- und Mietrechtsberatung erhalten. Einen  
1898 besonderen Fokus legen wir hierbei auf Fragen der Diskriminierung auf dem  
1899 Mietmarkt.

1900 Wir GRÜNEN stehen für konsequenten Wohnraumschutz und wollen gutes Wohnen für  
1901 alle zum Standard machen, auch für Gemeinschaftsunterkünfte etwa für  
1902 Erntehelfer\*innen oder Beschäftigte in der Schlachtbranche. Wir machen die im  
1903 Wohnraumschutzgesetz verankerten Standards auch für Gemeinschaftsunterkünfte  
1904 verbindlich. Zusätzlich stärken wir die Wohnraumaufsicht, um sicherzustellen,  
1905 dass das Gesetz für menschenwürdiges Wohnen Für Menschen in Wohnungsnotfällen  
1906 wollen wir Fachstellen einrichten, die Menschen kurzfristig vor der  
1907 Obdachlosigkeit schützen.

#### 1908 **Menschen aus der Wohnungslosigkeit begleiten**

1909 Die zunehmende Wohnungsnot und die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt hat  
1910 auch die Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen steigen lassen. Mehr als zehntausend  
1911 Menschen in Niedersachsen sind betroffen. Wenn Menschen ihre Wohnung verlieren,  
1912 werden sie in einem elementaren Grundrecht beschnitten. Wir sorgen dafür, dass  
1913 das Recht auf Wohnen für alle Menschen in Niedersachsen eingelöst und  
1914 Obdachlosigkeit deutlich verringert wird. Das wichtigste Mittel im Kampf gegen  
1915 Obdachlosigkeit ist zu verhindern, dass es überhaupt dazu kommt. Das vorhandene  
1916 kommunale Netz der Fachstellen zur Wohnungssicherung, die tätig werden, wenn  
1917 Wohnungsverlust droht, muss gestärkt und weiter ausgebaut werden. Auch wollen  
1918 wir dafür sorgen, dass möglichst flächendeckend Hilfsangebote greifen, um  
1919 Mieter\*innen bei der Bewältigung ihrer finanziellen Notlage und sozialer Krisen  
1920 zu unterstützen. Einen erfolgversprechenden Ansatz, um Menschen aus der  
1921 Obdachlosigkeit zu begleiten, verfolgen Housing first-Projekte. Es hat sich  
1922 gezeigt, dass viele soziale Probleme erst dann gut angegangen werden können,  
1923 wenn Menschen wieder in einer Wohnung leben. Mit Housing first wird  
1924 Wohnungslosen eine Wohnung in Kombination mit sozialer Unterstützung angeboten.  
1925 Die Betroffenen werden dann, sobald sie eine Wohnung haben, je nach Situation  
1926 bei der Beantragung von Sozialleistung und dem (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben  
1927 begleitet. Mit einem Landesprogramm gegen Wohnungslosigkeit werden wir Housing  
1928 first-Projekte gezielt fördern, Obdachlosenunterkünfte und soziale  
1929 Unterstützungsmaßnahmen ausbauen und die Förderung der langfristigen  
1930 Mieter\*innenbegleitung für Wohnungslose verbessern. Wir wollen ein Sonder-  
1931 programm Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen und Wohnungslose im Rahmen der  
1932 sozialen Wohnraumförderung auflegen, den Ankauf von Belegrechten unterstützen  
1933 und gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Risiken  
1934 der Vermietung von Wohnraum an Personen in besonderen Problemlagen aufgefangen  
1935 werden. Eine gute und zielgruppengerechte Beratungsstruktur ist auch für die



1936 große Zahl von wohnungslosen Migranten\*innen und Geflüchteten wichtig. Dies  
1937 werden wir mit den Kommunen angehen.

1938 **Nachhaltig bauen und sanieren – Klimaschutzpotenziale heben**

1939 Die Transformation des Gebäudesektors ist ein Schlüssel zur dauerhaften Senkung  
1940 der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Bei Neu- und Umbauten setzen wir auf die Verwendung  
1941 schadstofffreier, nachwachsender und recycelter Baustoffe. Gebäude sind die  
1942 Rohstofflager der Zukunft – das Recycling der Baumaterialien denken wir bereits  
1943 im Planungsprozess mit. Jedes Gebäude, das weitergenutzt wird, spart Abriss,  
1944 Deponie und Rohstoffkosten. Renovierung, Umbau und Modernisierung haben stets  
1945 Vorrang vor Abriss. Bereits beim Neubau denken wir mit, dass die Gebäude  
1946 zurückgebaut oder recycelt werden können. Wir integrieren entsprechende Auflagen  
1947 in bestehende Förderprogramme und bringen ein Programm für den Einsatz von  
1948 Recycling-Baustoffen auf den Weg. Die von uns GRÜNEN errichtete Klima- und  
1949 Energieagentur Niedersachsen (KEAN) bauen wir aus und entwickeln sie zur Klima-  
1950 und Nachhaltigkeitsagentur weiter – mit mehr Kompetenzen auch im Bereich  
1951 Material- und Ressourcenschonung sowie ökologisches Bauen. Wir legen einen  
1952 Gebäuderessourcenausweis analog zum Gebäudeenergieausweis auf.

1953 Wir GRÜNEN bringen die energetische Sanierung voran. Das senkt CO<sub>2</sub>-Emissionen  
1954 und reduziert Wohnkosten. Die vorhandenen Förderinstrumente stellen wir auf den  
1955 Prüfstand und entwickeln sie bedarfsgerecht weiter. Das Fördermittelvolumen  
1956 werden wir an der Nachfrage ausrichten und die Beratung ausbauen: Jeder Person,  
1957 die energetisch sanieren will, bieten wir Unterstützung an. Um die  
1958 Sanierungsrate schnell und effizient zu erhöhen, stärken wir die Möglichkeiten  
1959 der seriellen Sanierung. Unsere GRÜNE Wärmewende ist eine soziale: Wir  
1960 flankieren die energetischen Sanierungen mit einem Förderprogramm zur  
1961 Wärmewende, das gezielt bei unteren Einkommensgruppen ansetzt und dazu beiträgt,  
1962 dass die Gesamtmieten nicht steigen. Dies bedeutet, gerade in Altbauten die  
1963 stärkere energetische Sanierung oder den Austausch von Öl- und Gasheizungen  
1964 gegen erneuerbare Energien so zu fördern, dass die Einsparungen bei Öl- und Gas  
1965 höher sind als die Mehrkosten durch die Investition. So wird vor allem an immer  
1966 teurer werdenden Heizkosten gespart. Durch dieses Förderprogramm profitieren  
1967 alle. Die Vermieter\*in bekommt ein energiesparenderes, modernes Gebäude, die  
1968 Mieter\*innen senken die Heizkosten und leben in einem klimaverbesserten Gebäude.  
1969 Durch den Fokus auf Altbauten mit hohen Energieverbräuchen und  
1970 einkommensschwachen Mieter\*innen schützen wir wirksam das Klima und halten die  
1971 Gesamtmiete mindestens stabil.

1972 Mit der Solardachpflicht, einem Förder- und Ausbauprogramm für klimaneutrale  
1973 Wärmepumpen auf Basis erneuerbarer Energien, Geothermieanlagen und  
1974 Kleinwindrädern bringen wir die Energiewende in den Gebäudesektor. Besondere  
1975 Synergieeffekte für Energiegewinnung, nachhaltige Gebäudekühlung und ein  
1976 gesundes Stadtklima bietet die gezielte Kombination von Solar- und Gründächern,  
1977 die wir besonders honorieren werden. Mieter\*innen profitieren von der  
1978 gebäudeeigenen Energiegewinnung durch Mieterstromangebote. Um den Anteil an  
1979 erneuerbaren Energien beim Heizen auszubauen und das fossile Zeitalter auch im  
1980 Heizungskeller zu beenden, bringen wir nach Vorbild Baden-Württembergs ein  
1981 eigenes Erneuerbare-Wärme-Gesetz auf den Weg. Mit diesem werden wir schrittweise  
1982 verpflichtende Mindestquoten für erneuerbare Wärme bei Heizungstausch oder  
1983 Sanierung einführen (vgl. Energiewende gestalten).

1984 Das Land als Bauherr wird mit der neuen Landesgesellschaft für Klima und Wohnen  
1985 Vorreiter bei der Energiewende im Gebäudebestand sein. Wir stellen klimagerechte  
1986 Standards für landeseigene Gebäude auf, sanieren diese grundsätzlich mit  
1987 kreislaufgerechten Materialien und nutzen soviel erneuerbare Energien wie  
1988 möglich. Nach einem festen Zeit- und Fahrplan machen wir die öffentlichen  
1989 Gebäude bis 2035 klimaneutral und fangen mit der Sanierung der  
1990 klimaschädlichsten Altbauten an. Bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand  
1991 stärken wir die Gewichtung von Qualitätskriterien gegenüber dem Preis und legen  
1992 ökologische Grundanforderungen für Baustoffe fest. Die Fortbildung und Beratung  
1993 der Vergabestellen in diesem Bereich bauen wir aus, damit sie Spielräume des  
1994 Vergaberechts zum nachhaltigen und zukunftsfähigen Bauen gezielt nutzen können  
1995 (vgl. Niedersachsen, ein Staat der funktioniert).

#### 1996 **Baurecht modernisieren – Baudenkmäler erhalten**

1997 Die Landesbauordnung braucht ein Update. Wir passen sie an die Klima- und  
1998 Nachhaltigkeitsziele an. Das ökologische und klimaschonende Bauen, den Einsatz  
1999 von alternativen Baustoffen wie Stroh und Holz und die Sanierung von  
2000 Bestandsbauten stärken wir GRÜNEN – beispielsweise durch Abweichungen von  
2001 Neubaurichtlinien und die Erleichterung der Zertifizierung von umweltgerechten  
2002 und recycelten Baustoffen. Für den Einsatz von Recycling-Baustoffen legen wir  
2003 Mindestquoten fest, auch in öffentlichen Ausschreibungen. Bei Neubau und  
2004 grundlegender Dachsanierung verankern wir eine Solarpflicht sowohl bei  
2005 gewerblichen als auch bei privaten Gebäuden. Wir vereinfachen den  
2006 Dachgeschossausbau, beispielsweise mit Blick auf die Anforderungen der  
2007 Barrierefreiheit, und verbessern die Möglichkeiten zu unterschiedlichen  
2008 Nutzungen auf einem Grundstück. Mischgebiete erleichtern wir und bringen so  
2009 gemeinsam mit den Kommunen Modelle wie Wohnen über dem Supermarkt voran.  
2010 Insbesondere in Großstädten, wo durch die Stärkung der autofreien Innenstädte  
2011 und den Ausbau niedrigschwelliger Carsharing-Angebote immer weniger Haushalte  
2012 ein eigenes Auto haben, schaffen wir die Stellplatzvorgaben ab. Die  
2013 Bauverwaltung stärken wir, um zielorientierten Vollzug zu ermöglichen und die  
2014 Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

2015 Niedersachsen ist reich an bedeutenden Baudenkmälern aus unterschiedlichen  
2016 Epochen. Die Bewahrung dieses Erbes stellt die Gegenwart immer wieder neu vor  
2017 Herausforderungen. Viele der in Niedersachsen unter Denkmalschutz stehenden  
2018 Gebäude sind mit ihren Naturbaustoffen Vorbilder für ökologisches Bauen. Diese  
2019 werden wir behutsam energetisch sanieren und auf die Nutzung erneuerbarer  
2020 Energien umstellen. Dazu nehmen wir den Klima- und Ressourcenschutz in den Kanon  
2021 der verpflichtend abzuwägenden Ziele im Landesdenkmalschutzgesetz auf.  
2022 Begrenzungen und Hemmnisse für die Nutzung reversibler Solaranlagen auf  
2023 denkmalgeschützten Dächern schaffen wir ab.

#### 2024 **Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten**

2025 Was wären unsere Städte ohne ihr Umland, was die ländlichen Räume ohne die  
2026 Städte? Die aktuellen Herausforderungen von Klimawandel bis zur Corona-Pandemie  
2027 zeigen, wie wichtig es ist, die Stadt-Land-Beziehungen und regionalen Kreisläufe  
2028 zu stärken. Von eng verzahnten Verkehrsverbänden, regionalen Innovationssystemen  
2029 und Wirtschaftsklustern, Energie-, Kreislaufwirtschafts- und Ernährungssystemen  
2030 über soziale Infrastrukturen und vernetzte Naturräume bis zu regionalen Kultur-,  
2031 Erholungs- und Tourismusangeboten – das bringen wir gemeinsam mit Akteur\*innen  
2032 vor Ort auf den Weg.

2033 Wir GRÜNEN denken Landesentwicklung ganzheitlich und stellen die Besonderheiten  
2034 und Wechselbeziehungen aller Regionen in den Mittelpunkt. Es bedarf endlich  
2035 eines echten Landesentwicklungsplans, der die verschiedenen Fachstrategien  
2036 zusammenführt und Basis für regionale Handlungsstrategien sowie Planungs- und  
2037 Förderinstrumente ist. Das Landes-raumordnungsprogramm machen wir zu einem  
2038 Gestaltungsinstrument für die ökologische Transformation und stimmen alle  
2039 Planungen auf die Umwelt- und Klimaziele ab. Um den Windenergieausbau schneller  
2040 voranzubringen, werden wir 2,5 Prozent der Landesfläche als geeignete  
2041 Vorrangflächen für Windenergie ausweisen und 15 Prozent der Landesfläche in ein  
2042 Biotopverbundsystem überführen. Zur Umsetzung der verbindlichen Fauna-Flora-  
2043 Habitat- (FFH-) und Wasserrahmenrichtlinien ziehen wir Kompetenzen zur  
2044 Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten auf die Landesebene. Raumordnung und  
2045 Planfeststellung verzahnen wir noch stärker – damit letztere nicht erst anfängt,  
2046 wenn das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist.

#### 2047 **Klimaschonende Siedlungsentwicklung – Flächenverbrauch stoppen**

2048 Durch eng vernetzte flächenschonende Verkehrs- und Siedlungsplanung beugen wir  
2049 weiterer Zersiedlung vor und bringen bis 2030 die Neuversiegelung auf unter drei  
2050 Hektar pro Tag und bis zum Jahr 2050 auf Netto-Null. Siedlungsgebiete sollen  
2051 eher in die Höhe als in die Breite wachsen und Baulücken konsequent geschlossen  
2052 werden. Dazu setzen wir Anreize und treiben dies mit den Kommunen, in letzter  
2053 Konsequenz auch mit einer Baupflicht, voran.

2054 Unsere Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) machen wir zur Partnerin der  
2055 Kommunen bei der örtlichen Siedlungsentwicklung und nutzen deren Möglichkeiten  
2056 zur Bevorratung, zum Verkauf und zur Verpachtung von Flächen im Sinne des  
2057 Gemeinwohls. Den Kommunen räumen wir GRÜNEN wo möglich im Rahmen unseres  
2058 Grundstücksverkehrsgesetzes bessere Vorkaufsrechte für Baugrundstücke ein. Wir  
2059 stärken die Flächenkreislaufwirtschaft, z. B. durch überregionale Flächenpools,  
2060 intelligente Flächenzertifikatesysteme, den Einsatz von Flächen- und  
2061 Leerstandsmanager\*innen. Mit Modellprojekten zum generationenübergreifenden  
2062 Gebäude- und Flächentausch, wie Jung kauft alt oder Wohnungstauschbörsen,  
2063 bringen wir flächenschonende Wohnformen voran. Zudem wirken wir damit dem Effekt  
2064 entgegen, dass Erfolge der Senkung des Energieverbrauchs pro Quadratmeter durch  
2065 immer größere Wohnflächen pro Person zunichtegemacht werden. Werden im  
2066 Ausnahmefall neue Baugebiete ausgewiesen, müssen diese klimaneutral sein. Eine  
2067 zentrale, klimaneutrale Wärme- und Stromversorgung zum Beispiel mittels  
2068 Solarenergie oder Geothermie muss bei der Quartiersentwicklung eingeplant  
2069 werden.

#### 2070 **Attraktive Städte und lebendige ländliche Räume**

2071 Städte sind kleine Ökosysteme mit einem Mikroklima – ein gesundes Stadtklima ist  
2072 elementar für attraktive urbane Räume. Wir werden Modellprojekte zur Umsetzung  
2073 von klimaneutralen Quartieren und Klimaanpassungsmaßnahmen wie  
2074 Starkregenvorsorge verstärkt fördern. In verdichteten Innenstädten schaffen wir  
2075 Entsiegelungsanreize, das Stadtgrün zu erhalten und bunte vielfältige Gründächer  
2076 zu gestalten. Dies verbessert das Stadtklima und macht Städte attraktiver und  
2077 lebenswerter (vgl. Kapitel Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden).

2078 Innovative Idee zur Stadtentwicklung von Smart Cities über Schwammstädte bis zu  
2079 lokalen Ökonomien bringen wir GRÜNEN gemeinsam mit den Kommunen in Form von  
2080 vielfältigen Modellprojekten voran und unterstützen diese beim Best-Practice-  
2081 Austausch. Zur Reduzierung von gewerblichem Leerstand in Innenstädten setzen wir

2082 Anreize für Multinutzungskonzepte und Zwischennutzungen, beispielsweise für  
2083 gemeinnützige Akteur\*innen oder kulturelle Träger, und bauen bestehende  
2084 Hemmnisse für diese im Baurecht ab.

2085 Ländliche Räume gewinnen an Attraktivität – neue Formen des digitalen Arbeitens  
2086 ermöglichen ganz neuen Berufsgruppen ein Leben im ländlichen Raum ohne lange  
2087 Wege. Neben einer guten Verkehrs- und Internetanbindung und wohnortnaher  
2088 Versorgungsinfrastrukturen braucht es innovative Formen der Dorfentwicklung. Wir  
2089 bringen Initiativen zur Schaffung von Begegnungsorten im ländlichen Raum voran,  
2090 die Angebote der Nahversorgung, der Kultur, Bildung und  
2091 Gesundheitsdienstleistungen bündeln. Dorfläden und -büros sowie Co-Working-  
2092 Spaces als innovative Möglichkeit für mobile Arbeit fördern wir. Der  
2093 Zusammenhalt von Nachbarschaften in Dorf und Stadtquartieren ist keine  
2094 Selbstverständlichkeit. Eine gute Stadtplanung, die menschenfreundliche  
2095 Gestaltung des öffentlichen Raumes, die aktive Unterstützung von sozialen  
2096 Beziehungen sollen dazu beitragen, Quartiers- und Dorfgemeinschaften zu stärken  
2097 und resilienter zu machen. Wir haben vor, die Gemeinwesenarbeit in  
2098 Nachbarschaftsinitiativen, Dorfgemeinschaftshäusern und Stadtteiltreffs  
2099 gemeinsam mit den Kommunen zu stärken (vgl. Zivilgesellschaft unterstützen).

2100 Innovationscluster und Modellregionen stärken die regionale Wertschöpfung und  
2101 beleben ländliche Räume. Hier gibt es noch viel Potenzial, das wir heben wollen.  
2102 Großflächige Einzelhandelsansiedlungen auf der grünen Wiese und Outlet-Center an  
2103 Autobahnen hingegen lehnen wir ab. Sie ziehen Kaufkraft aus den Innenstädten und  
2104 Dorfkernen ab und lösen unnötige neue Verkehrsströme aus (vgl. Innovatives  
2105 Niedersachsen).

#### 2106 **Starke Verbraucher\*innen**

2107 Bei der Transformation zu einer nachhaltigen und klimagerechten Gesellschaft  
2108 spielen Verbraucher\*innen eine Schlüsselrolle. Verkehrs-, Ernährungs-, Energie-  
2109 und Wärmewende, Divestment, Digitalisierung – all dies gelingt nur mit  
2110 Verbraucher\*innen. Eine bewusste Entscheidung der Verbraucher\*innen bedarf guter  
2111 Verbraucher\*inneninformation. Erste Anlaufstelle ist unsere niedersächsische  
2112 Verbraucherzentrale, die wir fit für die Themen der Zukunft machen. Wir bauen  
2113 sowohl digitale Beratungsangebote als auch die Vor-Ort-Beratung in der Fläche  
2114 weiter aus. Dazu testen wir auch neue Modelle wie die mobile Beratung. Das  
2115 thematische Beratungsspektrum und die Marktwächterfunktion müssen entlang der  
2116 aktuellen Herausforderungen ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen  
2117 Ernährung, Energie, Finanzen und Vorsorge, Medien, Digitalisierung und  
2118 Nachhaltigkeit. Die Verbraucher\*innen brauchen aber nicht nur Beratung, sie  
2119 brauchen auch ein\*e Anwält\*in für ihre Rechte. Die Verbraucherzentrale  
2120 unterstützen wir daher dabei, die Möglichkeit der neuen Europäischen  
2121 Verbandsklagerichtlinie aktiv nutzen zu können und als Klägerin eine  
2122 Musterfeststellungsklage zu führen.

#### 2123 **Gutes Essen für alle**

2124 Niedersachsen als Agrar- und Ernährungsland hat das Potenzial, eine  
2125 richtungsweisende, zukunftsfähige Ernährungslandschaft zu gestalten. Stadt und  
2126 Land, Produzent\*innen und Konsument\*innen, Tradition und Moderne zusammen denken  
2127 ist unser GRÜNES ernährungspolitisches Leitbild. Eine Ernährungsstrategie auf  
2128 dem Papier allein reicht nicht – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sie um. Dabei  
2129 beziehen wir die Ernährungsräte aktiv ein, die sich in immer mehr  
2130 niedersächsischen Städten und Kommunen bilden.

2131 Wichtigster täglicher Essensort ist für viele Menschen die Kantine. Wir wollen,  
2132 dass es dort gutes, gesundes, möglichst regional produziertes Essen zu fairen  
2133 Preisen gibt. Projekte wie das Kopenhagener House of Food und die Berliner  
2134 Kantine Zukunft zeigen, wie die Gemeinschaftsverpflegung der Zukunft aussehen  
2135 kann - mit und ohne Currywurst. Sie beraten und begleiten Großküchen bei der  
2136 Umstellung zu mehr Bioprodukten. Wir werden auch in Niedersachsen solche  
2137 Beratungsangebote für Kantinen von der Kita bis zum Mobilitätsunternehmen  
2138 schaffen, damit diese erfolgreich auf mehr Bioprodukte umstellen. Zudem bringen  
2139 wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg (vgl. GRÜNE machen  
2140 Schulen).

2141 Noch immer landen zu viele Lebensmittel in der Tonne. Wir ergreifen Maßnahmen,  
2142 um die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Lebensmittelretter\*innentüten,  
2143 Noch länger gut- Aktionen, Überraschungstüten zu Ladenschluss zum günstigen  
2144 Preis, lokale Fairteilerstationen oder Angebote der Tafeln – diese vielfältigen  
2145 Ansätze bringen wir voran. Für besonders innovative Projekte loben wir einen  
2146 Lebensmittelretter\*innen-Preis aus. Das Containern muss endlich  
2147 entkriminalisiert und das Mindesthaltbarkeitsdatum modernisiert werden. Aktuelle  
2148 Vorstöße auf Bundes- und EU-Ebene unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus  
2149 Niedersachsen. Lebensmittelverschwendung fängt häufig schon bei der Ernte an.  
2150 Damit weniger Reste auf dem Feld liegen bleiben, stärken wir alternative Absatz-  
2151 und Vermarktungswege für krummes Gemüse sowie Erntereste und nutzen Spielräume  
2152 bei der Anwendung von Vermarktungsnormen. In der Außer-Haus-Verpflegung schaffen  
2153 wir ein stärkeres Bewusstsein für das Entstehen der Lebensmittelabfälle und  
2154 setzen Modellprojekte zur Reduktion um, beispielsweise in der Schulverpflegung.

#### 2155 **Förderstrategie zur Entwicklung von Stadt und Land aus einem Guss**

2156 Die Ämter für regionale Landesentwicklung machen wir zu der zentralen  
2157 Förderinstitutionen für die Flächen- und Strukturförderung in Niedersachsen, um  
2158 so eine optimal an den regionalen Bedürfnissen orientierte Förderung aus einer  
2159 Hand zu gewährleisten. Die regionalen Programme der EU-Struktur- und  
2160 Flächenfonds und die verschiedenen Landessprogramme richten wir daran aus, dass  
2161 sie die ökologische-soziale Transformation gestalten, vielfältige soziale  
2162 Infrastrukturen schaffen und nachhaltige Mobilitätsangebote für alle  
2163 ermöglichen. Unsere GRÜNE Förderstrategie greift sowohl die Ziele des  
2164 europäischen Green Deals als auch die von unten entwickelten Regionalen  
2165 Handlungsstrategien konsequent auf. Maßnahmen, die Umwelt- und Klimazielen  
2166 entgegenlaufen, werden wir streichen. In klimarelevanten Förderprogrammen  
2167 schreiben wir konkrete Klimaziele fest sowie einen Mindestanteil an Maßnahmen,  
2168 die bilanzierungsfähige CO<sub>2</sub>-Einsparungen erzielen. Wir stärken die Beratung für  
2169 Antragsteller\*innen, von den Kommunen bis zur ehrenamtlichen Initiative,  
2170 vereinfachen den Antragstellungsprozess, verbessern die Möglichkeiten zur  
2171 digitalen Antragstellung und entwickeln neue Instrumente zur Wirkungs- und  
2172 Erfolgsmessung.